

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeltung des Bezirks

**Zeugungspreis:** Vierteljährlich 2 M. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 1 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

**Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde**

**Anzeigenpreise:** Die Leihspalten des Blattes, außerhalb der Hauptausgaben, zu 1/4 des üblichen Preises (ausgenommen die Leihspalten für Inserate und Reklamen).

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 242

Sonntag den 15. Oktober 1922

88. Jahrgang

## Amthliche Bekanntmachung.

Von Grundstücksanliegern am sogenannten Reichenweg in den Fluren Schmiedeberg und Raundorf und mit Zustimmung der Gemeinderäte der genannten Orte ist die Einziehung dieses Weges für den öffentlichen Verkehr beantragt worden. Widersprüche dagegen sind binnen 3 Wochen hier anzubringen. 72d A1. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 12. Okt. 1922.

## Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde am 13. Oktober 1922.

Das Kollegium ist vollständig bis auf den entschuldigten Stadtverordneten Heeger. Ferner ist der Bürgermeister erschienen. Kenntnis wird genommen vom Bericht über die Prüfung der Feuerwehren, die in dieser Zeitung seinerzeit eingehend behandelt wurde.

Weiter wird Kenntnis genommen von einem Schreiben der Betriebsleitung des Elektrizitätswerkes, wonach im September der Lichtstrom 40, der Kraftstrom 30 M. kostet, nach der später eingegangenen Lichtenberger Rechnung aber sogar 42 und 31 M. hätte kosten sollen. Als magerer Trost wird hinzugefügt, daß eine ganze Anzahl namentlich ausgeführter anderer Orte bereits bedeutend höhere Preise hat (bis 60 M. für Licht u. S.). Weiteres Ansehen ist leider sicher. Auch die Jählermiete, die gleichzeitig die Reihhöfen mit enthält, muß demnach erhöht werden.

Das Austauschdarlehen mit der Sparkasse Königstein (500 000 M.) fand die ministerielle Genehmigung. Bedingung ist aber Tilgung in 18 Jahren. Betreffs des Austauschdarlehens mit der Sparkasse Wittgensdorf (300 000 M.) fehlt zur Genehmigung noch Erfüllung einer Form durch diese, die inzwischen erfolgt sein dürfte. Hier ist 25 Jahre Tilgung nachgelassen. Wittgensdorf fordert ab 1. 1. 23 7% Zinsen. Man nimmt allenthalben zustimmend Kenntnis.

Die Kreditanstalt sächsischer Gemeinden verlangt für das kurzfristige Darlehen von 55 000 M. ab 1. 10. 8%, ab 1. 11. 10% Zinsen, regelt die Verzinsung in Zukunft ohne weiteres nach dem Reichsbank-Diskont und behält sich Erhöhung der Zinsen auch vor, wenn die eigenen Geschäftskonten dies erfordern. In letzterem Falle kann die Stadt das Darlehen zurückzahlen. Man ist allenthalben einverstanden. (Das Darlehen wird demnach in ein langfristiges umgewandelt, jedoch der hohe Zinsfuß nicht lange Zeit gehalten wird. Bankgeld wäre jedenfalls noch teurer.)

Auf ein Gesuch des Bezirkschornsteinfegermeisters wird der Zuschlag zur Grundtaxe von 500 auf 1900% erhöht unter den bisherigen Bedingungen. Dabei wird Kenntnis genommen von einer Verordnung der Kreisbauhauptmannschaft, nach welcher das Entfernen des Ruches mit zu den Obliegenheiten des Essenkehrers gehört. Gleichzeitig wird beim Rat angefragt, ob die polizeiliche Beaufsichtigung der Feuerungsanlagen usw. noch in vorchriftsmäßiger Weise erfolgt.

Genehmigt wird die Erhöhung der Miete für den Brauereikeller auf 1000 M. und für die Malsterie auf 600 M.

Vorschlagsgemäß wird die Entschädigung für das der Kriminalpolizei im Rathaus überlassene Geschäftszimmer (Nr. 20) wie folgt festgelegt: Miete 440 M., Heizung 3000 M., Beleuchtung 75 M.; bei Kohlenpreiserhöhung Erhöhung der beiden letzteren Posten vorbehalten.

In der Verwaltungsratsung der Kinderbewahranstalt am 29. 9., an der städtische Vertreter teilnahmen, wurde festgestellt, daß der Frauenverein am Ende seiner Kraft sei und die Anstalt schließen müsse, wenn nicht tatkräftige Hilfe von außen komme. Ausnahmslos war man der Meinung, daß der Betrieb aufrechterhalten werden möchte, wenn irgend möglich. Als ein Mittel beschloß man eine öffentliche Aufführung (die am gestrigen Donnerstag stattfand und 7000 M. Reinertrag brachte). Weiter wendete man sich aber auch an die Stadt um Hilfe. Laut Haushaltsplan sind bereits bewilligt: 7000 M. für Freistellen, 5500 M. Gehalt der Leiterin (reicht selbstverständlich wie das vorgesehene Dienstmehrgeld heute nicht mehr), 1000 M. für Verbesserungen im Garten und 4000 M. für Bauhilfen. Da mit letzterem Betrage hinsichtlich Bauens jetzt nichts mehr anzufangen ist, sind die gedachten Arbeiten nicht ausgeführt worden. Die Verwaltung bittet nun um Ueberlassung dieser 4000 M. zur freien Verfügung, aber gleichzeitig noch um eine weitere Beihilfe. Der Bitte wird stattgegeben, 10 000 M. werden neu dazubewilligt. Weit wird auch das nicht reichen, wie man bereits sehr weis. Die 10 000 M. werden den Mehreinnahmen aus der Wertzuwachssteuer entnommen.

Der Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten gewährt man ein Handdarlehen von 20 000 M. zur Kartoffelbeschaffung, während man im Interesse der Bedürftigen der Stadt etwa 200 000 M. für den gleichen Zweck bereitstellt. Die Mittel sollten man als Darlehen aus dem vom Staate bereitgestellten 200 Millionen zu erhalten. Zur notwendigen Kartoffelzubereitung für die Bedürftigsten sollen die Mehrerträge aus Obst und Feldpacht dienen. Der Berichterstatter wünscht, den Kreis der Bedürftigen recht weit zu ziehen. Ein Stadtverordneter führt aus, daß er gewillt ist und erwartet hätte, der Rat wäre um Kartoffeln nicht nur für die Bedürftigen, sondern im allgemeinen besorgt gewesen. Er bittet, soweit möglich, das noch zu tun. Was nicht wenige würden sonst überhaupt Kartoffeln nicht bekommen. Hierauf führt der Bürgermeister aus, daß dem Rate bekanntlich von der örtlichen und benachbarten Landwirtschaft zunächst 7500 Zentner Kartoffeln zugesagt worden seien. Die Großbetriebe hätten auf direkte Anfrage nur 2000 Zentner beansprucht; sie sorgten selbst für ihre Leute. Der Rat hat daraufhin von einer öffentlichen Aufforderung, sich wegen Kartoffeln auf dem Rathaus zu melden, abgesehen, weil er großen Ansturm und dadurch erst recht Hochpreisen der Preise befürchtet hätte. Er sei der Meinung gewesen, jeder, der von früher her diesbezügliche Verbindungen in der Stadt und

Umgebung habe, solle sich dort Kartoffeln gegen Bescheinigung kaufen. Die Bescheinigungen könnten später verrechnet werden. Von einem anderen Stadtverordneten wird darauf hingewiesen, daß eine Bekanntmachung sich unter allen Umständen notwendig macht im Interesse derer, die durch einen Betrieb nicht versorgt werden. (Sehr richtig! Nach den Ausführungen in der letzten Stadtverordnetenversammlung mußte man annehmen, daß bezüglich der zunächst bereitgestellten 2 oder 3 Zentner pro Kopf eine genaue Regelung vom Rathe aus erfolge. Wer nun darauf gewartet hat, daß von dort aus etwas geschieht, und deshalb — eben, um der Ordnung sich zu fügen — nicht auf den Kartoffelhandel ging, könnte leicht das Nachsehen haben. Andere decken sich schließlich mittlerweile reichlich ein. Nur durch die Anregung der beiden Stadtverordneten hat man Kenntnis vom Sachstande erhalten. D. S.)

Nach einem Reichsgesetz mit Geltung vom 1. 4. 21 erheben Reich und Staat eine Wohnungsbaubgabe, deren Ertrag lediglich der Behebung der Wohnungsnot dient. Den Gemeinden steht das Recht zu, für eigene Zwecke einen Zuschlag zu erheben. Das soll auch in Dippoldiswalde geschehen. Und so stimmen die Stadtverordneten dem für diesen Zweck entworfenen Ortstatut zu. Die Steuerföhe selbst, die auf der Miete von 1914 beruhen und von jeder einzelnen Wohnung erhoben werden, will man alljährlich festsetzen. Vorgeschlagen und genehmigt werden folgende Sätze: bei einem Mietwerte bis 200 M. 10%, 200—400 M. 15%, 400 bis 600 M. 20%, 600—800 M. 25% und über 900 M. 30%. Der Ertrag ist auf 80—90 000 M. geschätzt (im Haushaltsplan sind 70 000 M. eingestellt). Dippoldiswalde hat für Behebung der Wohnungsnot 200 000 M. geborgt und auszugeben. Für Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe kommt der Steuerertrag in erster Linie in Frage. Ortstatut und Steuerföhe bedürfen der oberbehördlichen Genehmigung.

Nach Erledigung der Tagesordnung erhält Stadtverordneter Hofmann das Wort zu einer Anfrage. Er führt aus, er und seine Genossen Schubert und Sehmacher seien bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden wegen Teilnahme an den Erzessen im Rathause gelegentlich der Rathenau-Demonstration, und fragt an, wer die Anzeige erstattet habe. Bürgermeister Herrmann erwidert, daß er die ihm gemachte polizeiliche Meldung lediglich an die Staatsanwaltschaft weitergegeben habe, wie das seine Pflicht sei. Alles andere sei dann Sache der Staatsanwaltschaft, die mit dem Niederschlagen des Verfahrens immerhin befaßt habe, daß die Anzeige zu Recht erfolgte. Stadtverordneter Hofmann entgegnet, er und die beiden anderen seien aber gar nicht beteiligt gewesen, was doch vor Angelegenheit hätte festgestellt werden müssen. Es entspinnt sich ein kurzes Herüber und Hinüber, bis schließlich der Vorsitzende feststellt, daß die Ausübung der Polizeigewalt hier lediglich Sache des Bürgermeisters ist, der dafür der Kreisbauhauptmannschaft verantwortlich sei. Eine solche polizeiliche Meldung müsse der Bürgermeister an die Staatsanwaltschaft weitergeben, deren Sache das weitere sei. Ein Urteil über die Berechtigung der Beschwerde an sich wolle er damit nicht abgeben. Er betrachte die Angelegenheit für die Stadtverordneten als erledigt. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

## Vertikales und Sächliches

**Dippoldiswalde.** Nehmt sofort Einsicht in die Wählerlisten! Die Einsichtnahme in die auf dem Rathaus oder bei der Gemeindebehörde ausliegenden Wählerlisten kann nur noch bis mit Sonntag den 15. Oktober vorgenommen werden.

Geschlossen sind am Montag und Dienstag die städtischen Geschäftsräume; die Girokasse nur am Dienstag. — Zwei Jägertrupps, die sich von Glashütte bzw. Weising kommende, hier trafen, haben auf der Aue ihre Waffen aufgestellt, ihre Pferde in hiesigen Gasthausstellungen untergebracht. Ihr Lagerplatz ist von Groh und Klein nicht unlagert.

Ins hiesige Amtsgerichtsgesängnis wurde der 16jährige Wirtschaftsgeselle Schletter, aus Dresden gebürtig, eingeliefert, der in Schönfeld und Ammelshaus hohe Geldbeträge und Schmuckgegenstände gestohlen hatte. Schl. war früher in Hennersdorf bedienstet und vor einigen Tagen erst aus dem Amtsgerichtsgesängnis Lauenstein entlassen worden, wo er eine zweimonatige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls verbüßt hatte.

Stern-Vorstellung. Am Sonnabend und Sonntag wird der Stuart-Webbs-Detektivfilm „George Bully“ aufgeführt. Der weltberühmte Detektiv Stuart Webb und die hervorragende Künstlerin Stella Haf sind die Hauptdarsteller dieses erfolgreichen Großfilms. — Für den heiteren Teil ist das köstliche Lustspiel „Wer die Wahl hat...“ vorgesehen.

Weiserhalmwerk A.-G., Dippoldiswalde. Die am 12. Oktober 1922 unter Vorsitz von Fabrikbesitzer Arno Böß tagende außerordentliche Generalversammlung, in der 5 Aktionäre 2000 Stimmen vertraten, beschloß einstimmig, das Stammkapital um 7,5 Millionen Mark Stammaktien und 500 000 M. Vorzugsaktien auf 7,5 Millionen Mark unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre zu erhöhen. Gleichzeitig genehmigte sie den vorgeschlagenen Vertrag mit dem Weiserhalmwerk, O. m. b. H., Dippoldiswalde, wonach das von der Gesellschaft betriebene Fabrikunternehmen nach dem Stande vom 1. Juli 1922 an die Aktiengesellschaft übergeht. Die Aktiengesellschaft tritt in die laufenden geschäftlichen Verträge der Gesellschaft mit beschränkter Haftung an deren Stelle aktiv und passiv ein, soweit sie nicht als zweifelhafte Forderungen und Verpflichtungen bei Feststellung der in der Uebernahmebilanz festgelegten Debitoren und Kreditoren ausgeschieden worden oder am 30. Juni 1922 strittig gewesen sind.

In Radebeul wurde von der Polizei gegen die dortige Mangelbehördenvereingung Anzeige beim Wuchergesicht wegen Preistreiberlei gemacht.

In Radebeul wurde ein Grundstück an einen Ausländer für 500 000 M. verkauft. Der Verkäufer hatte 300 000 M. Zuwachssteuer zu zahlen. Das Grundstück erfuhr teuer den zweiten Besitzwechsel.

In Wilsdruff wurde der Preis für 1 Kilowattstunde Kraftstrom auf 41 M., für Lichtstrom auf 45 M. ab 1. Oktober festgesetzt. — Eine Notwendigkeit zur Ausgabe von städtischem Folgeld konnte man nicht anerkennen.

In Königsbrück kostete das 1900-Gramm-Pfand 41 M. Reinholdshain. Lehrer Günther wurden am Donnerstag aus Anlaß seiner 25jährigen Lebtätigkeit als ständiger Lehrer der hiesigen Schule vielerlei Ehrungen aus den Kreisen der Ortsbewohner der Schulgemeinden wie auch besonders durch den Schulfachlehrer zuteil.

Lauenstein. Morgen Sonntag vormittag nach dem Erntedankfest findet die Weihe des Ehrenmales für die im Weltkrieg Gefallenen der hiesigen Gemeinde statt.

Kreitzsa. Nachdem nun unsere Orgel ausgebaut und wiederhergestellt ist und das Ehrenmal für die Gefallenen der ganzen Pfarodie, die Kirchenfenster, geweiht worden sind, dürfte eine Aufstellung der Kosten für die Kirchengemeindeglieder von Interesse sein. Für die Orgel sind zu zahlen an Orgelbaumeister Gebrüder Jehmlich in Dresden 51 123,50 M., für den elektrischen Motor 3900,— M., für die Zuleitung 1800,— M., für Nebenarbeiten 4310,25 M., zusammen 61 133,75 M. Bezahlt sind bereits 40 700,— M., sodas 20 433,75 M. noch zu decken sind. Die Kirchenfenster kosten 31 000,— M., davon sind bereits bezahlt 5000,— M., sodas noch 26 000 M. aufzubringen sind; im ganzen also 46 433,75 M. — In den letzten Tagen wurden aus Pfarramid gesendet 2820 M., im Girokonto 241 sind enthalten 857 M., in Summa 11 417 M.; es bleibt also eine Summe von 35 016,75 M., die noch durch freiwillige Gaben gedeckt werden soll. Wenn wir bedenken, daß wir unsere Glocken behalten durften und so eine große Ausgabe ersparten, wenn wir weiter bedenken, wie verhältnismäßig billig wir unser Gotteshaus in dieser teuren Zeit mit wahrhaft künstlerischer Schmach ausstatten konnten, dann wird wohl die Restsumme von Freunden der Kirche recht bald dargebracht werden.

Dresden. Ein auswärtiger Bankdirektor hat versehentlich vorige Woche 1 800 000 M. zu viel ausgezahlt. Seitdem ist er verschwunden und hat schriftlich aus Dresden mitgeteilt, daß er sich das Leben nehmen wolle. Inzwischen hat sich die Angelegenheit durch Weidererlangung des Geldes erledigt. Um einen Selbstmord noch zu verhüten, wird dies öffentlich bekannt gemacht.

Radeburg. In der Nacht zum gestrigen Freitag wurde hier Bäckermeister Klunker ermordet. Die Landes kriminalpolizei war zur Ermittlung des Verbrechens alsbald hier anwesend.

Weinböhla. Durch Gerichtsbeschlus sollte das hiesige Postamt auf dem Wege der Zwangsäumung durch einen Gerichtsvollzieher aus seinem alten Heime, das durch die Besitzerin des Gebäudes der Postverwaltung gekündigt worden war, herausgeführt werden. Die sächsische Regierung verließ aber der Gemeinde das Recht, Urteile über die Räumung von gewerblichen und anderen Räumen vor ihrer Vollstreckung vor das Mieteinigungsamt zu bringen. Dadurch wurde der Weiterbetrieb des Postamtes bis zur Genehmigung der Räumungsvollstreckung gestrichelt.

Hainsberg. An die hiesigen Sozialrentner, Kleinrentner usw. wurde je ein Zentner Kartoffeln unentgeltlich von der Gemeinde geliefert.

Pirna. Beim Wohnungsamt waren Ende September 1922 1113 Wohnungsuchende eingetragen. Gemänscht werden: 30 Zimmer-, 144 2-Zimmer-, 354 3-Zimmer-, 288 4-Zimmer-, 70 5-Zimmer-, 24 6-Zimmer-, 14 7-Zimmer-, 9 8- und mehr Zimmerwohnungen. Vom Mieteinigungsamt sind Kündigungsgenehmigungen erteilt: 8; selbst gekündigt: 3; Kündigung angenommen: 7; beantragte Verhältnisse: 345; bisher mißlierte Wohnungen: 30; Krankheitsgründe: 12; seuchte, ungesunde Wohnungen: 44; verfestete Beamte: 54; sonstige Berufsgründe: 135; Hausverkauf: 7; verschiedene Gründe: 182; Baumängel: 17; Heirat: 260. Reuanmeldungen erfolgten im September 64, in Wegfall kamen durch Zuweisung von Wohnraum, Zurücknahme des Antrags usw. 46.

Arnsdorf. In einer hiesigen Wäscherei erschienen drei mit Säcken bewaffnete Männer und verlangten je ein Brot, mit dem sie sich, ohne Bezahlung geleistet zu haben, ernährten.

Böbeln. Von einem hiesigen Pflanzler wurde im Walde ein 22 Pfund schwerer krauher Fiegenbart gefunden.

Grimma. Der Streik in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Holzern-Grimma ist beendet. Die Belegschaft hat gestern bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen.

Hier ist eine größere Anzahl von Personen zusammengetreten, um den bedürftigen Einwohnern der Stadt durch den Winter zu helfen. Es soll, jedenfalls in der Herberge zur Heimal, eine Kostlandsküche gegründet und eine Wärmelube eingerichtet werden, wo die notleidenden Einwohner sich gegen ein geringes Entgelt nähren und wärmen können.

Leipzig. „Mit Riesenschritten geht es dem Zusammenbruch der städtischen Finanzen zu!“ Diese Worte zogen sich wie ein roter Faden durch den Bericht des Stadtverordneten Fleißner über Erhöhung der Ausgleichszulage zum Grundbesitz der Beamten usw. in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Da die Staatsbeamten erhebliche Zulagen bekommen haben, sollen auch den städtischen Beamten Erhöhungen zugestimmt werden. Dadurch entstehen bis zum 31. März 1923 Mehrausgaben in Höhe von 331 Millionen Mark. Sie bleiben aber nicht die letzten, denn neue Gehaltserhöhungen sind im Zuge, und die Stadt wird wieder folgen müssen. Eine neue Vorlage kündigte der Berichterstatter denn auch an und bemerkte, daß dieser Gang der Dinge mit Riesenschritten zum Zusammenbruch der städtischen Finanzen führe, trete keine andere Finanzgebarung des Reiches den Städten gegenüber ein. Allein für die Verwaltung habe Leipzig in den letzten Monaten mehr als 853 Millionen Mark bewilligt, das sei mehr als die Hälfte des Leipziger Finanzbedarfes. Einstimmig wurden die geforderten 331 Millionen Mark bewilligt. — Von den Finanznöten werden auch die städtischen Krankenhäuser betroffen. Der Verwaltungsrat habe deshalb beschlossen, um für die gewaltigen Kosten einigermaßen Ausgleich zu schaffen, daß die Krankenhäuserverpflegung mit der fortschreitenden Leertung einigermaßen Schritt halten müßten. Es solle eine gleitende Skala eingeführt werden, die sich nach dem Steigen oder Sinken des Grundlohes eines ungelernnten städtischen Arbeiters richte.

Wilschowsberda. Von einem Unwohlsein befallen wurde nach Beendigung seines Nachdienstes ein hiesiger Bahnbeamter. Derselbe begab sich in die städtischen Anlagen, wo er am Morgen auf einer Bank sitzend tot aufgefunden wurde.

## Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die unaufhörliche Entwertung der Mark hat die Regierung endlich zum Eingreifen gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln veranlaßt. Seit Donnerstag ist eine Notverordnung in Kraft, die sich vor allem gegen die Fakturierung in ausländischer Währung sowie gegen die Aufspeicherung von Noten und Devisen richtet. Dem Großhandel ist die Fakturierung in ausländischer Währung weiter gestattet. Wichtig dem Kleinhandel ist die Preisstellung in ausländischen Zahlungsmitteln auf der Grundlage einer fremden Valuta untersagt. Der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel wird von der vorherigen Genehmigung einer Prüfungskommission, in erster Linie der Reichsbank abhängig gemacht. Auf diese Weise will man verhindern, daß ausländische Zahlungsmittel für andere als rein wirtschaftliche Zwecke Verwendung finden.

Werden diese in mancher Hinsicht einschneidenden Maßnahmen die erhoffte Besserung des Marktkurses bringen? Leider wohl kaum. Ja, in möglichen Wirtschaftskreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß trotz der Regierungsverordnung ein neuer Marktschwund einsetzt. Die Regierung, so sagt man, habe zu lange gewartet. Sie hätte viel früher eingreifen müssen, jetzt hat das Ausland das Vertrauen für die Marktlänge verloren. Die Maßnahmen gegen die Spekulation sind gewiß begründbar, aber die Wurzel des Übels ist doch nicht das an und für sich nicht genug zu verarbeitende Treiben der Spekulation, sondern unsere passive Zahlungsbilanz, hervorgerufen durch übermäßige Reparationslasten. Solange wir Milliarden und Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages aufbringen müssen, wird die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln das Angebot stets weit überlegen. Die notwendige Folge davon ist, daß die Marktlänge trotz aller Verordnungen weiter sinken wird.

Das beste Mittel, die Marktlänge zu stützen, kann nur eine völlige Umkehr der Orientierung von der bisherigen Reparationspolitik sein. Ob es je dazu kommen wird? Wenn ja, so muß es bald geschehen.

## Eine „große“ Atempause.

Prabburj für ein fünfjähriges Moratorium.

Die Gerichte von einer radikalen Neuregelung der deutschen Reparationskredite durch die Reparationskommission haben sich dahin verhalten, daß der englische Delegierte Prabburj seinen alliierten Kollegen einen genau umschriebenen Plan zur finanziellen Sanierung Deutschlands unterbreitet hat.

Die Pariser Presse glaubt über den englischen Antrag im einzelnen folgende Angaben machen zu können:

Deutschland ist von allen Barzahlungen für fünf Jahre zu entbinden. Die deutsche Regierung habe der Reparationskommission für die Jahre 1924-25 und 1926 vorgezeichneten Zahlungen Wechsel und Schuldverschreibungen zu übermitteln, die jede der alliierten Regierungen nach Möglichkeit flüssig zu machen suchen würde: und zwar für eigene Rechnung und auf Grund ihrer eigenen Bürgschaft. Mit anderen Worten, es gäbe dann keine gemeinsame Garantie der Alliierten. Wenn Frankreich beispielsweise Gelddarlehen finde, die ihm seinen Anteil auf Grund der deutschen Wechsel auszahlten, sei es ihnen gegenüber allein verantwortlich, falls Deutschland bei Fristablauf die Zahlungen verweigern sollte. Der Plan Prabburjs soll andererseits Maßnahmen für eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen vorschlagen. Das Garantiekomitee solle nach diesem Plan das Recht erhalten, die Ausgabe von deutschem Papiergeld nach eigenem Ermessen zu verhängen.

Die meisten Pariser Zeitungen sind der Ansicht, daß der englische Plan wenigstens in seiner gegenwärtigen Gestalt für Frankreich nicht annehmbar ist. Der regierungsfremde „Petit Parisien“ betont außerdem: die Brüsseler Konferenz werde nicht zusammengetreten, falls es jetzt nicht gelingt, in der Reparationskommission eine Einigung über die Sanierung der deutschen Finanzen zu erzielen.

## Die ungeduldigen Türken.

Neue Verletzung der neutralen Zone.

Aus Konstantinopel wird schon wieder eine Verletzung der soeben durch das Mudania-Abkommen erneut festgestellten neutralen Zone durch die Türken gemeldet. Eine Streitmacht von etwa 4000 Mann ist bei Utrun auf der Halbinsel Sömid in die neutrale Zone eingedrungen. Der englische Oberbefehlshaber General Harrington ließ die Türken durch Flieger darauf aufmerksam machen, daß sie sich in der neutralen Zone befinden und sandte Telegramme an Ismet Pascha und Mustafa Kemal Pascha, um ihre Aufmerksamkeit auf diese Verletzung des getroffenen Abkommens zu lenken.

Die Räumung Thrakiens.

Die alliierten Generale haben beschlossen, eine Alerte Kommission zu dem Oberbefehlshaber der griechischen Streitkräfte, General Rider, nach Rodosto zu schicken, um mit ihm die Bestimmungen bezüglich der Räumung Thrakiens und der Besetzung des Landes durch alliierte Militär festzusetzen. Die Franzosen werden Adrianopel, Kir-Stilisse und Süle-Burgas, die Engländer Rodosto, Kefan und Usunköprü, die Italiener Ischorlu besetzen. Diese Besetzung erfordert 1 Bataillone und 2 Schwadronen. Auf dem rechten Marizauser werden die Italiener Debagatsch, die Engländer Süle-Burgas und Demotiko und die Franzosen Karagatsch besetzen. Die türkische Gendarmerie, die zur Besetzung des von den Griechen zu räumenden Gebietes bestimmt ist, besteht aus 8000 Mann mit Offizieren.

## Der Rathenau-Prozess.

Die Plädoyer der Verteidiger.

Rath dem Verteidiger Günthers spricht Rechtsanwalt Pohl für den Angeklagten v. Salomon. Er betont, es sei nicht richtig, und treffe wenigstens für von Salomon nicht zu, daß die Angeklagten und die Täter Glieder einer Kette gewesen seien, die wie Kletten aneinander gehangen hätten. Von Salomon habe keinen der Angeklagten gekannt. Der Beweis, daß er die Ermordung Rathenaus gewollt habe, wenn auch als fremde Tat, sei nicht erbracht und könne auch nicht erbracht werden.

Rechtsanwalt Dr. Dätgebrune plädiert kurz für die Freisprechung Niedrigs von der Anklage wegen Beihilfe. Er sei nur wegen Unterlassung der Anzeige zu verurteilen.

Für den Angeklagten Warnecke fährt Rechtsanwalt Dr. Sack aus, daß sich keine positiven Anhaltspunkte für die Stichhaltigkeit des Nachweises der Beihilfe ergeben hätten. Auch für eine Verurteilung wegen Unterlassung der Anzeige seien die Merkmale des objektiven Tatbestandes nicht gegeben.

Als Verteidiger Steinbeds erklärt Rechtsanwalt Dr. Bloch, die Anklage gegen Steinbed beruhe auf Indizien, für die die Verhandlung keinen Beweis erbracht habe. Bei der Würdigung des Beweises sei zu berücksichtigen, daß der Gerichtshof erste und letzte Instanz sei. Hinzu komme, daß Steinbed für alle seine Handlungen durchaus ungekünstelte Erklärungen habe.

Für den Angeklagten Ifemann sprach Rechtsanwalt Greving, der sein Plädoyer mit einer Schilderung der Persönlichkeit Ifemanns einleitet. Ifemann sei der Stolz des Elternhauses gewesen und habe eine sorgfältige Erziehung genossen. Mit 17 Jahren sei er freiwillig in die Marine eingetreten. Er sei durchaus militärisch, nicht aber politisch eingestellt gewesen. Aus der Forderung Kerns, ihm die Maschinenpistole wiederzugeben, habe Ifemann keinen Verdacht schöpfen können. In Ifemanns Verhalten habe nichts angedeutet, daß er Mitwisser, Begünstiger oder Mithelfer der Tat gewesen sei. Der läche Stimmungswechsel Ifemanns, nachdem er Kenntnis von der Tat Kerns erhalten habe, zeige, daß er vorher von nicht gewußt und die Tat nicht gekannt habe.

Am Beginn der nächsten Sitzung wird der Gerichtsbeschluss bekanntgegeben, daß Schütt und Diekel bezüglich der Anklage wegen Beihilfe außer Berufung gesetzt werden.

Justizrat Schön verliest ein Telegramm des Korvettenkapitän Hjewitz, der sich als genauer Kenner Kerns erweist, vor Gericht zu erscheinen und zu bezeugen, daß Tschow's geistige Aussage über die Bedrohung durch Kern mehr als wahrscheinlich und durchaus glaubwürdig sei.

Rechtsanwalt Dr. Nieberg fährt als Verteidiger Schütt's und Diekel's aus, Schütt und Diekel seien von rein menschlichem Mitleid mit Personen, die sie für verfolgt hielten und denen sie Asylrecht gewährten, in die Sache hineingezogen worden. Die ihnen politisch und menschlich ferngelegen habe. Die Verhandlung habe voll bewiesen, daß sie von den Absichten, die Kern und Fischer hegten, keine Ahnung hatten. Sie handelten in einer Notstandsfrage. Er erwarte ihren Freispruch.

Der zweite Verteidiger Schütt's, Rechtsanwalt Goldschröder, geht auf die psychologische Seite der Tat ein.

Rechtsanwalt Bloch spricht nunmehr für Plass und Tilleßen. Dr. Bloch gibt zu, daß Tilleßen Einzelheiten der Tat gewußt hat, Plass habe dagegen nur bruchstückweise Kenntnis gehabt. Wäre Tilleßen mit der Tat einverstanden gewesen, dann hätten auch die Vorbereitungen zur Nacht am Mittwoch schon begonnen und Tilleßen hätte seine Urlaubereise nicht angetreten.

Die Replik des Oberreichsanwalts.

Dann ergreift der Oberreichsanwalt noch einmal das Wort. Er bekämpft das geistige „Gesandnis“ Tschow's, das er nicht für glaubwürdig hält, und dem auf sachlich keine große Bedeutung für den schon vorher gefaßten Tatentschluß Tschow's zukomme. Er hält daher die Anklage auf Mittäterschaft aufrecht. Dann folgt eine Abrechnung Obermeyers mit den zehn Rechtsanwälten.

Rathenaus Mutter an Frau Tschow.

Die Verteidiger antworten in kurzen Dupliken die ihren Gipfelpunkt erreichen, als Justizrat Datz einen Brief der greisen Mutter Rathenaus an Tschow's Mutter verliest. Frau Rathenau schrieb darin kurz nach der Ermordung ihres Sohnes an die Mutter des des Todes Angeklagten:

„Im namenlosen Schmerz reiche ich Ihnen, Sie Armste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohne, daß ich im Namen und im Geiste des Ermordeten ihm verzeihe, wie Gott ihm verzeihen möge. Wenn er vor der irdischen Gerechtigkeit ein volles offenes Geständnis ablegt und vor der göttlichen beut. Sollte er meinen Sohn gekannt, den edelsten Menschen, den die Erde trug, so hätte er eher die Werdwaße auf sich selbst gerichtet als auf ihn.“

Mögen diese Worte Ihrer Seele Frieden geben!

Der Brief ruft tiefe Bewegung hervor.

Das letzte Wort.

Von dem Recht zum letzten Wort machen nun Tschow und Warnecke Gebrauch, und Tschow erklärt: „Ich habe die volle Wahrheit vor dem Gerichtshof gesagt. Ich habe mir für mein Tun große Selbstvorwürfe gemacht. Ich erwarte die gerechte Sühne für meine Tat.“

Damit ist die Verhandlung beendet. Der Präsident teilt mit, daß das Urteil nicht vor Sonnabend mittags zu erwarten ist.

## Politische Rundschau.

Berlin, 14. Oktober 1922.

Die Kosten der Genkonferenz betragen für Deutschland etwa 20-23 Millionen Mark.

— Im Beisein des Reichspräsidenten und des Reichsjustizministers findet am 18. Oktober in Leipzig die feierliche Einführung des Reichsgerichtspräsidenten Reichsanwalts a. D. Dr. Simons statt.

— Bayern hat sich bei der Reichsregierung über den Ausdrucksamt beschwert, daß es in der Erstellung von Einzelverlautbarungen an bolschewistische Ruffen allzu entgegenkommend verfahren und dadurch die schleichende bolschewistische Propaganda in Deutschland begünstige.

— Die interalliierte Rheinlandkommission hat dem „Kädderabackh“ bis auf Widerruf im besetzten Gebiet verboten.

— Die Präsidentenwahl. Der Reichstag wird sich in seiner ersten Sitzung nach den Ferien am 17. Oktober mit dem Termin für die Neuwahl des Reichspräsidenten beschäftigen. Ein Schreiben des Innenministers Brücker an den Reichstagspräsidenten gibt ihm dazu Veranlassung. In diesem Schreiben wird auf Grund des mitgeteilten Beschlusses des Kabinetts der 3. Dezember als Wahltag vorgeschlagen. Die Deutsche Volkspartei schlägt vor, den Reichspräsidenten erst im Sommer 1924 zu wählen. Gegenüber der Meldung eines Berliner Blattes, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf Wunsch der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei sich bereit erklärt habe, eine deutsche

nationale Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl anzunehmen, hat der Feldmarschall in der Hannoverischen Presse eine Erklärung veröffentlicht, wonach er sich in der Lage ist, zu dieser Nachricht Stellung zu nehmen, da ihm von einem Angebot einer Kandidatur zur Präsidentenwahl nichts bekannt sei.

— Der Fall Stubenrauch. Die preussische Landtagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratie hat eine große Anfrage eingebracht, warum gegen den aus dem Rathenau-Prozess bekannten Primaner Hans Stubenrauch, der wiederholt Mordabsichten gegen Rathenau geäußert und Mordpläne ausgearbeitet hatte, nicht einmal im Wege der Schuldisziplin eingeschritten worden ist. Die Anfrage nimmt Bezug auf die Äußerung des Reichsrichters im Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik Fehrenbach, daß durch diese Handhabung der Schuldisziplin gewisse Schulansichten zu einer öffentlichen Gefahr würden.

— Der badische Staatspräsident Hummel will nach Ablauf seiner Amtszeit auch sein Amt als Unterrichtsminister niederlegen, aus dem Staatsdienst ausscheiden und eine leibende Stellung bei der Badischen Licht- und Sodafabrik in Ludwigshafen übernehmen. Er ist zu diesem Entschlus gekommen, weil er ein Angebot nicht zurückweisen zu dürfen glaubt, das ihn wieder auf das Gebiet seiner eigentlichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen zurückführt. Dr. Hummel wird nach Rücktritt von seinen Aemtern den Vorsitz der demokratischen Partei Badens und ebenso sein Mandat beibehalten. Als sein Nachfolger im Staatspräsidium kommt der sozialdemokratische Innenminister Remele, als Kultusminister der demokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich in Betracht.

— Bei den Wahlen zu den koochischen Landstingen, den kommunalen Landvertretungen, gewonnen die Rechte 104, die Sozialdemokraten 24, die Kommunisten 5 Mandate, dagegen verloren der Bauernbund 15 und die Liberalen 99 Sitze.

Oesterreich: Annahme des Genfer Protokolls.

— Der österreichische Nationalrat hat nach einem Bericht des Bundeskanzlers Seipel über die Kreditverhandlungen mit dem Völkerverbund die Regierungsvorlage über die drei Genfer Protokolle gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Namens der Großdeutschen verhielt sich Dr. Dinghofer, die Lage des Landes sei so gefährdet worden, daß man ohne Hilfe des Völkerverbundes den unmittelbaren Zusammenbruch gehabt hätte. Der Nationalrat an Deutschland sei im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich, und somit sei eine vorübergehende Bindung, wenn sie dem deutschösterreichischen Volk das Leben ermögliche, in Kauf zu nehmen. Ein sozialdemokratisches Misstrauensvotum wurde abgelehnt, dagegen wurde ein Antrag der Christlich-Sozialen und Großdeutschen, dem Bundeskanzler und der gesamten Regierung den Dank und das Vertrauen auszusprechen, mit großer Mehrheit angenommen.

Frankreich: Kritik an Poincarés Reparationspolitik.

— Bei der Wiedereröffnung der französischen Kammer über die linksdemokratische Abgeordnete Barre, der Unterstaatssekretär im Kabinett Clemenceau war. Scharfe Kritik an der Reparationspolitik der französischen Regierung. Der Redner wies Poincaré vor, daß er nichts getan habe, um das Land freimüßig auf den Friedensweg zu führen. Der Redner erklärte unter dem Protest der Mehrheit der Abgeordneten, das einzige Mittel zu einer Regelung der Reparationsfrage zu gelangen, sei zu suchen in einer vernünftigen Berücksichtigung der deutschen Schuld. Barre führte ferner aus, die Politik Poincarés habe Frankreich in eine schwierige Lage gebracht und den Frieden gefährdet. Poincaré habe die Fehler seiner Politik durch brutale Haltung zu verhängen gesucht. Es wäre richtiger, dem französischen Volk offen zu sagen, daß neue Zugeständnisse in der Reparationsfrage unvermeidlich sind. Frankreich müsse seine Forderungen der effektiven Leistungsfähigkeit Deutschlands angleichen. Die deutschen Zahlungen seien jetzt nur im Wege internationaler Anleihen möglich, Geld sei aber nur bei Angebots und Neutralen zu haben. Frankreich müsse auf die Friedenauffassung dieser Geldgeber Rücksicht nehmen. Die Angebotsen glaubten nicht an Frankreichs Friedenswillen und zwar zu Unrecht, soweit die Masse des französischen Volkes in Frage komme. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zustande komme und Europa endlich seine Einheit und seine gemeinsame Rolle erkennen möge.

Die Deutsche Volkspartei für Verschiebung der Reichspräsidentenwahl.

— Berlin, 13. Oktober. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei aufzufordern, entschieden für eine Verschiebung des Termins für die Wahl des Reichspräsidenten bis 1924 im Reichstags einzutreten. Der Parteivorstand kam zu diesem Beschluß aus außen- und innenpolitischen Gründen.

Neue Kriegsverurteilungsinzesse in Lille.

— Paris, 13. Oktober. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat sich die französische Regierung entschlossen, die Prozesse gegen die angeblichen deutschen Kriegsverbrecher durch das Kriegsgericht in Lille in zwei besonderen Kammern wieder aufzunehmen. Da

Die Belgischer Urteile hier bekanntlich nicht „genügen“. Die ersten Verhandlungen dieser neuen Serie sollen sich gegen den General Blois (?), dem Kommandanten von Cambrai, und General von der Marck richten. Die französische Regierung wird übrigens, so äußert das „Echo de Paris“ dazu, diesen beiden Generalen besondere Vorladungen schicken.

Ein schwarzer Wüstenmörder zum Tode verurteilt. — Wiesbaden, 13. Oktober. Das französische Kriegsgericht hat den algerischen Schwarzen Amare Konon Ben Messar wegen des am 12. Juni 1922 an der 19-jährigen Frieda Gudes verübten Mordes zum Tode verurteilt.

**Auf hoher See verbrannt.**

— San Francisco, 13. Oktober. Der Dampfer „City of Honolulu“, der frühere deutsche Heberjohannsdampfer „Friedrich der Große“ ist zwischen Honolulu und San Diego (Kalifornien) in Brand geraten. Alle Passagiere und die Besatzung, im ganzen etwa 350 Personen, konnten rechtzeitig das Schiff verlassen und wurden von einem anderen Dampfer aufgenommen.

**Soziales.**

Die Allgemeinerwerblichkeit von Tarifverträgen. Das Reichsarbeitsministerium bereitet zurzeit eine Änderung der Tarifverordnung vor, durch die das Verfahren zur Herbeiführung der allgemeinen Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen bei Tarifänderungen, die lediglich eine Anpassung der geltenden Leistungen an den wechselnden Geldwert enthalten, vereinfacht werden soll. Der Gesetzesentwurf ist in den letzten Tagen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchörtert worden, wobei volle Übereinstimmung erzielt wurde. Es dürfte daher mit einer schnellen Erledigung der Novelle zu rechnen sein.

690 Telefonistinnen gekündigt. Die Oberpostdirektion Berlin hat rund 600 Telefonistinnen zum 1. November die Stellungen gekündigt. Es handelt sich durchweg um Telefonistinnen, die im Privatdienstvertrag angeheiratet waren. Die Massenkündigung wird mit der verminderten Zahl der Fernsprechteilnehmer begründet, eine Folge der ständigen Verteuerung des Telefons.

**Volkswirtschaft.**

Die Arbeit der Banknotenpresse. In an die Reichsbank gestellten Ansprüche an Zahlungsmitteln haben sich in der ersten Livostwoche weiter in gewaltigem Umfange fortgesetzt. Der Banknotenumsatz zeigt eine neue Erhöhung um 27,3 Milliarden auf 344,2 Milliarden Mark; der Umlauf an Banknoten um 27,3 Milliarden Mark; der Umlauf an Reichsbanknoten um 14,032 Milliarden Mark. Für beide Geldzeichen zusammen beläuft sich die Zunahme des Umlaufs in der Berichtwoche also auf 27,3 Milliarden Mark. Ingesamt beläuft sich also für rund 358 Milliarden Mark Papiergeld im Umlauf.

Der Krupp-Vertrag mit Sowjet-Russland. Anfangs dieses Jahres hatte die Firma Krupp mit der Sowjetregierung einen Konzessionsvertrag abgeschlossen. Gegenstand dieses Abkommens war die Verwirklichung einer landwirtschaftlichen Maßnahme von 50 000 Hektar in der Gegend bei Krasnodar. Nach der großen Markendwertung vom August und September erklärte sich die Firma Krupp außerstande, die für dieses Unternehmen notwendigen, sehr beträchtlichen Investitionskapitalien aufzubringen. Die Sowjetregierung bestand aber auf der Ausführung des abgezeichneten Vertrages und äußerte die Absicht, gegen Krupp vor einem deutschen Gericht einen Prozeß anzuführen. Rummelt soll zwischen den beiden Parteien eine Einigung erzielt sein. Die Sowjetregierung verzichtet darauf, den Rechtsstreit zu beschreiten. Krupp hat seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, im Zusammenhang mit der deutschen Industrie und Finanz die Ausbeutung der bestehenden Konzessionen in Angriff zu nehmen, sobald die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse es irgend gestatten.

— Berlin, den 13. Oktober 1922.

Trotz der soeben erlassenen Devisenordnung ist der Dollar nicht zum Stillstand gekommen, sondern weiter gestiegen und zwar von 2466 auf 2721. Immerhin erlitt das Devisengeschäft an der Berliner Börse ziemlich erhebliche Einbußen. Infolgedessen wandten sich die hier handelnden Mittel wieder neuer Umfange dem Offizienmarkt zu. Und hier waren es, da Auslandsdevisen infolge des gestiegenen Einreisens nicht mehr beliebt sind, erstliche Werte und im Anschluß hieran auf Grund der täglich bekannt werdenden günstigen Abschlüsse unserer großen Fernverkehrs-Gesellschaften Montanaktien, die sich besonderer Gunst erfreuten und zu stark gestiegenen Kursen aus dem Markt genommen wurden. Die Kurssteigerungen der besonders heißgehandelten Werte betragen wieder meist 100 Prozent und verschiedentlich auch darüber.

Der Verlauf der Berliner Produktenbörse war uneinheitlich, doch kann die Grundstimmung als fest bezeichnet werden. Das Auf und Ab am Devisenmarkt machte sich sehr stark bemerkbar, da teilweise die Kaufkraft größer war, teilweise jedoch völlige Ruhe herrschte. Die nur spärlich vorliegenden Offerten erforderten keine Ermäßigung, das Auslandsgeschäft wird durch die Devisennot stark behindert.

**Der Stand der Mark.**

Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am			
	13. 10.	12. 10.	1914
100 holländische Gulden	104619	95880	167, — M.
100 belgische Franken	12926	17378	80, — „
100 dänische Kronen	54981	49937	112, — „
100 schwedische Kronen	71510	65418	112, — „
100 italienische Lire	11385	10786	80, — „
1 englisches Pfund	11935	10936	80, — „
1 Dollar	2721	2466	4,20 „
100 französische Franken	20474	18676	80, — „
100 schweizerische Franken	50536	46149	80, — „
100 tschechische Kronen	9038	8439	—, — „

**Warenmarkt.**

Mittagsbrot. (Amtlich.) Preise für je 50 Kilo ab Station: Weizen 5700—5800. Roggen 5100—5250. Gerste 5100—5600. Hafer 5800—5950. Mais 5650—5700. Weizenmehl (100 Kilo) 15 500—16 400. Roggenmehl (100 Kilo) 13 800—14 700. Weizen- und Roggenkleie 2900. Raps 6700 bis 6900. Viktorienbohnen 8500—8700. Bohnen 3300—3500. Rapskuchen 2900—3000. Weizenkuchen 2700—2750. Rapskuchen 3500—3800. Torfmehle 1700—1800.

**Heu und Stroh.**

Drahtgepreßtes Roggen-, Weizen- und Haferstroh und Roggenlangstroh 1300—1350. Bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 1175—1265. Gebündeltes Krummstroh 1020 bis 1170. Stroh 1425—1475. Handelssäckliches Heu 670—740, gutes Heu 740—800 Mark.

**Aus Stadt und Land.**

Ein neuer Fliegerrekord. Nach einer Meldung des „Newport Herald“ hat der amerikanische Fliegerleutnant Maughan auf einem Curtiss-Apparat eines Kilometerflug mit einer Stundengeschwindigkeit von 220,46 englischen Meilen ausgeführt und damit den Weltrekord des französischen Fliegers Sadi Lecoqte geschlagen.

Entgleisung eines Güterzuges. Zwischen der Stationen Hagelstadt und Eggmühl bildete sich ein Dammrutsch, infolge der Regenburger Eisalterung endgleiste und die Böschung herabstürzte. Der Lokomotivführer Krahl wurde getötet. Der Fahrer kam mit Verletzungen davon. Der sofort herbeigerufene Rettungszug aus Regensburg brachte Verletzte und Aufräumungspersonal.

Immer wieder Ausländer-Überfülltheit. Die 26-jährige in München studierende Irinländerin Edith Rydbold hatte auf der Eisenbahnfahrt vom Starnberger See nach München einen Jagdartenkontrollen „deutsches Schwein“ geheißen und ihm ihre Karte vor die Nase geworfen. Sie wurde festgenommen und nach polizeilichem Verhör in Haft gehalten.

Feldsturz in Böhmen. Der große Felsen der Ruine Habstein bei Böhmisch-Baibitz ist abgestürzt. Ein darunterstehendes Haus wurde stark beschädigt. Man fürchtet, daß weitere Nachstürze folgen werden.

Zugzusammenstoß in Hessen. Der Schluswagen eines auf der Steigungsstrecke bei Brebenstein-Tammenhausen liegenden Güterzuges, der nach Brebenstein zurückgedrückt wurde, stieß auf einen Personenzug aus 6 Personen wurden verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend.

Eine Seifenfabrik eingestürzt. Die große Seifenfabrik Schrauth in Neumied ist mit Maschinen und Einrichtung durch einen Brand größtenteils zerstört worden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Eisenbahnunglück bei Worms. Auf dem Bahnhof in Alzey entgleiste ein Wagen eines Personenzuges der Strecke Alzey-Worms. Der Wagen wurde zertrümmert, drei Personen getötet, eine Frau und zwei Kinder schwer, sechs Personen leicht verletzt. Ueber die Ursache des Unglücks steht noch nichts fest.

Waffenfund am Chiemsee. Vor einigen Tagen wurden in einer Ortschaft am Chiemsee in zwei Heubäubern mehrere tausend Gewehre beschlagnahmt. In der darauffolgenden Nacht sollen, wie die „Münchener Post“ hört, die Besitzer der Stadel, zwei Bauern, überfallen und die Gewehre weggeräumt worden sein. Die beiden Bauern haben der Gendarmerie Anzeige erstattet. Das sozialistische Blatt behauptet, Fälle zu kennen, wo Ententeoffiziere mit der Begräubung von Waffen einverstanden waren, weil sie dann wieder herum zum Weiterverkaufen und damit weiteren Aufschwung in Deutschland auf Kosten des deutschen Volkes gewannen.

40 Zentimeter Schneehöhe auf dem St. Gotthard. Der Schnee auf dem St. Gotthard liegt in einer Höhe von 40 Zentimeter. Hieraus erklärt man sich das Sinken der Temperatur in ganz Europa.

Ein Wiener Juwelier unter dem Verdacht der Hehlerei verhaftet. Der Wiener Juwelier Wetter wurde unter der Beschuldigung der Hehlerei verhaftet. Wetter soll aus dem bei dem Automobilfabrikanten Lippmann von der bei ihm als Hausgehilfen gedienten Hochkaplerin Marie Nittringer gestohlenen Schmucksachen und Brillanten Teile angekauft haben. In der Wohnung Wetters wurde eine ganze Reihe in die Mauer eingebauter Safes gefunden. Wetter leugnet noch, daß er aus der Milliardenbeute Nittringers Gegenstände gekauft habe, doch erscheint er der Hehlerei überwiesen.

Kosakenmererei. Im Gebiet von Grodekowa ist in der Armee des Generals Dietrichs eine Mererei ausgebrochen. Die Kosaken schließen sich mit den Bauern zusammen.

Die goldene Zigarrenkiste aus Amerika. Ein abwechslungsreiche Reise machte eine überaus wertvolle Zigarrenkiste aus reinem Golde durch, die dem amerikanischen Multimillionär und Stahlkönig Schwab von der Stadt Baltimore geschenkt worden war. Schwab hatte die Kiste in seiner Villa bei Newport aufbewahrt, von wo sie eine Newporter Einbrecherbande unter Anwendung aller Hilfsmittel „moderner Einbruchstechnik“ stahl. Die Kiste ging dann in Newporter Verbrecherviertel durch verschiedene Hände, kam dann durch englische Seeleute nach Europa und wurde schließlich durch die Kriminalpolizei in einem Berliner Schiebercafé beschlagnahmt. Es folgte ein Prozeß, doch die Leute, bei denen man die Kiste fand, mußten freigesprochen werden, weil ihnen nicht nachzuweisen war, daß sie wußten, daß es sich um gestohlenen Gut handelte. Erst jetzt hat die Staatsanwaltschaft die Kiste freigegeben, die durch einen Sonderkurier einer Berliner Großhandlung schließlich nach monatelanger Irrfahrt dem Eigentümer zurückgestellt wurde.

Eine Zuckerrabrik niedergebrannt. Durch ein Großfeuer wurde die wieder aufgebaute Zuckerrabrik in Schwittersdorf bei Halle größtenteils zerstört. Die soeben begonnene Kampagne muß ausfallen. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Ein gefährlicher „Jugendzocker“. Ein Kino-besitzer in Mannheim, der die Konzession bejaß, Lehrfilme in Jugendvorstellungen vorzuführen, ließ, wie von dort gemeldet wird, wenn die Polizei den Filmen wandte, Verbrechensfilme abwechselnd aufspielen. Er hatte sich deshalb vor dem Mannheimer Schöffengericht zu verantworten. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß eine Reihe von Jungen, nachdem sie diese Filme gesehen hatten, ihre Eltern beschaffen. Der gefährliche „Jugendzocker“ wurde zu einer Geldstrafe von 300 000 Mark oder vier Monaten Gefängnis verurteilt.

**Gedenktage für den 15. Oktober.**

1748 \* Der Dichter Christian Graf zu Stolberg in Hamburg (\* 1821) — 1804 \* Der Vater Wilhelm v. Humboldt in Berlin (\* 1874) — 1844 \* Der Philosoph Friedrich Hegel in Baden bei Lagen (\* 1900) — 1852 † Der Turnvater Friedrich Ludwig. Zahn in Freiburg a. d. U. (\* 1778) — 1912 Präliminarfriede zu Buchs zwischen Italien und der Türkei — 1915 Kriegserklärung Englands an Bulgarien.

**Juridik zur Klein-Kauferei.**

Kempten (Allgäu). Die hier erscheinende „Allgäuer Ztg.“ will erfahren haben, daß die polnisch zu Österreich gehörende 1500 Einwohner des Waller Tales an der bairischen Grenze eine eigene Republik errichten wollen. England und Frankreich hätten bereits zugestimmt. Das Projekt soll jetzt dem Völkerbund vorgelegt werden.

**Sächsisches.**

— Vor dem Dresdner Schöffengericht wurde der in Vorkastel wohnende Milchhändler Max Oskar Ransch wegen Verfälchung von Milch durch Zugabe von Wasser zu 1 Monat Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe verurteilt; auch wurde auf Veröffentlichung des Urteils in den Dresdner Zeitungen erkannt. Dresden. Die Straßenbahn soll wieder feurer werden. Obwohl der Rat noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt hat, glaubt man allgemein, mit einem Einzelfahrpreis von 20 bis 25 M. rechnen zu müssen.

Leipzig. Wie die Telunion von zukünftiger Stelle erfährt, findet am kommenden Montag den 18. d. M. die feierliche Einweihung des neuen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simon statt. Der Reichspräsident Ebert und der Reichsjustizminister Dr. Radbruch werden an der Feier teilnehmen.

**Bermischtes.**

\* Briefmarken zu 50 M. Auch die letzte Tarifserhöhung macht bei der Reichspost die Ausgabe neuer Freimarken-Werke erforderlich. Nach einer Bekanntmachung des Reichspostministers werden demnächst Briefmarken in blauem Ausdruck zu 6 M. und zu 50 M. zur Verteilung an die Postanstalten kommen.

**181. Landeslotterie.**

5. Klasse: 9. Zug. 13. Oktober. (Ohne Gewähr.)

30000: 16078 123644	20000: 55177 74359	10000: 13418 32196 56480 66787 70456 120969	5000: 17891 54326 55913 70777 74704 88791 115204 123656	3000: 3376 6124 7800 8466 20275 22029 23138 24021 24244 33448 37232 39291 40183 41106 42624 47222 47630 47835 49144 56564 57498 58281 59874 64054 66474 75023 76105 78098 81086 84216 91238 94460 95245 99754 101188 104554 105972 107808 108258 109285 111075 114315 124905
2000: 842 4600 6028 6138 6291 10802 11452 11473 13147 14426 15968 16314 16913 19921 20880 22530 25046 28590 29801 34096 34623 37464 38101 38752 40372 41906 41919 42141 42814 45933 46773 48168 48867 48898 49770 50307 50633 50819 51464 53042 54206 54773 56691 56843 57996 58564 60151 61949 62008 62170 63974 66017 66273 66543 66800 67236 68162 68394 69083 72693 75531 75536 78850 79616 79755 79979 79998 81358 82299 85926 87254 88434 88804 90187 91557 94036 96041 97127 98560 98803 100364 100850 103072 105024 106181 108782 110014 113570 118457 119357 119833 122949 123484 124581 126746 126786 128376				
1200: 110 1923 2000 3087 4292 5617 6838 6925 7057 7329 8784 9001 9792 10569 11023 11221 12337 12838 15480 15761 15778 16161 16283 16847 18340 19577 20231 20352 20576 21269 21285 21424 21718 22344 26092 29377 29575 30122 30660 31873 32585 33663 34308 35306 35584 36175 36704 37491 37633 39126 39342 40104 40303 40448 40521 40894 40981 41346 41924 43315 43318 43795 43913 44132 44189 44343 44953 46476 47052 47196 47770 48101 48855 50607 52594 53329 53401 54117 55256 55433 55827 57316 57525 58033 59657 59788 60912 60960 61640 61799 62409 63540 64096 64331 64805 65032 65554 65807 66392 67060 67198 67807 69402 70132 70283 71729 72171 73587 74033 74273 74408 74442 75706 76638 77375 77902 78049 78404 78432 78781 81007 81412 81620 81941 83256 83936 84560 85051 85263 85657 85895 86098 86302 86510 87768 88709 88815 89198 89530 89984 90235 91836 92417 92569 94810 95164 96651 97059 97615 98061 98113 99076 99598 100179 100236 102546 102547 104161 104535 104538 105832 106284 106997 107753 108082 108360 108390 108702 111304 111566 111921 111997 112030 112166 112641 113335 113617 116427 116587 118795 119091 119891 120245 120691 121137 121992 122668 122699 123512 123945 124497 124749 125265 125501 125900 126237 126424 127701 128652 129068 129204.				

**Kurzgefell.**

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein.  
Zweigstelle: Dippoldiswalde.

Staatspapiere. Kurs vom 13. 10.			
	13. 10.	12. 10.	
1 Deutsche Reichsanleihe	540,—	555,—	
2 „ „ „	130,—	145,—	
3 „ „ „	230,—	250,—	
4 „ „ „	77,125	77,125	
5 Staatsrenten-Anleihe	82,—	81,—	
6 Sächsische Staats-Anleihe von 55 & 100 Z.	67,25	65,—	
7 „ „ „	90,—	—	
8 „ „ „	84,50	84,50	
9 „ „ „	90,—	85,—	
10 „ „ „	90,—	90,—	
11 „ „ „	88,—	90,75	
12 „ „ „	71,50	71,75	
13 „ „ „	90,—	93,—	
14 „ „ „	70,—	70,—	
15 „ „ „	82,—	—	
16 „ „ „	97,25	96,75	
17 „ „ „	85,50	85,—	
18 „ „ „	85,75	95,—	
19 „ „ „	109,—	109,—	
Bank-Werte.			
1 Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Leipzig	271,—	266,—	
2 Chemnitzer Bank-Verein	135,—	130,—	
3 Commerz- und Privatbank	370,—	360,—	
4 Deutsche Bank	365,—	358,—	
5 Darmstädter Bank	983,—	935,—	
6 Dresdner Bank	453,—	436,—	
7 Essener Bank	215,—	260,—	
8 Sächsische Bank	378,—	374,—	

Produktenbörse zu Dresden. Amtliche Notierungen vom 13. Oktober. Weizen 5800—5800 M.; Roggen 5050—5250 M.; Sommergerste (säch.) 5300—5600 M.; Wintergerste 5100—5300 M.; Hafer (guter) 5600—5900 M.; Hafer (geringer) 5100—5500 M.; Raps 6900—7000 M.; Mais (mixt) 5750—5800 M.; Rohklee 35—48 000 M.; Trockenschrot 3050—3100 M.; Zuckerschmelz 3300—3600 M. (fest); Weizenkleie 2850—2900 M.; Roggenkleie 2900—2950 M.; Weizenmehl 8025—8875 M.; Roggenmehl 7500 bis 7650 M.; Weizenhefe (lose, neues) 1150—1450 M. (rubig). Ausnahmepreise über Ostz. Die Preise sind Marktpreise für nächsteres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stoll, Frachten, Markt- und Verkaufsstellen, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtserlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.

Saubere Druckenarbeiten druckt Carl Jehne.

\* Das Sternchen als Schnupftuch. Eine junge Beamtin aus Eilen wurde vom amerikanischen Militärgericht in Koblenz zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie in Gegenwart zweier amerikanischer Soldaten ein kleines Sternchen als Schnupftuch benutzte.

**Fertelmarkt Dippoldiswalde vom 14. Oktober 1922.**  
Die aufgetriebenen 26 Ferkel wurden zum Preise von 3000 bis 4000 Mark verkauft.

**Markenfrei**  
**Ia. Zwickauer Steintohlenflamm**  
**Ia. Kohlschle**  
**Hermisdorfer Weißkalk**  
eingetroffen.  
**Braune, am Bahnhof.**  
**Kartoffelsortiermaschinen,**  
**Kartoffelroder**  
liefern preiswert sofort ab Lager  
**Maschinenfabrik Dippoldiswalde.**  
Erich Böhme, Dippoldiswalde.  
Telephon 121.

**Asthma**  
kann in etwa 15 Wochen geheilt werden. Sprechstunden in Dresden, Falkenstr. 15, II Et. jeden Montag von 10-11 Uhr.  
**Dr. med. Alberts,**  
Spezialhaus f. Asthmaleiden.

Ein guterhaltener, schwarzer **Burich**-**Winterüberzieher** ist preiswert zu verkaufen. Näh. bei Frau Wäsche, Schmiedeburg.

**Kachelofen**  
gut erhalten, mit Koch- und Heizrohr, billig zu verkaufen.  
**Molkerei Nath,**  
Markt.

**Leeres Zimmer**  
in der Nähe des Marktplatzes zu mieten gesucht.  
Joh. Hölz,  
Berren- und Damenstr. am Markt.

**Anzugstoffe**  
**Kostümstoffe**  
in reicher Auswahl und preiswert  
**Lina Mende,**  
Freiberger Str. 233, I. Etg.  
Rehm haben.

**Stroh**  
kauft **Karl Oppelt,**  
Dippoldiswalde. Tel. 162.

**Turnverein**  
**Dippoldiswalde**  
(D. T.)  
Montag nach der Turnstunde  
**Monatsversammlung.**

**Kontoristin**  
perfekt in Stenographie u. Schreibmaschine, eventuell auch Anfertigen mit schöner Handschrift, sofort oder später gesucht. Off mit Angabe der Gehaltsansprüche unter „D. D. 12“ a. d. Geschäftsstelle erbeten.

**Ein Mädchen,**  
nicht unter 16 Jahren, zur Unterstützung der Hausfrau in der inneren Wirtschaft auf mittleres Gut sucht  
**Rich. Gosmann, Hödenberg**  
b. Edle Krone.

**Müllerschüler- und sonstige**  
Inter-  
vermietungen betr.  
Zusammenkunft Dienstag den 17. Oktober nachmittags 4 Uhr  
Markt 45 I.

**Schirme**  
sowie alle Reparaturen und Neubehänge am vorteilhaftesten bei  
**Schirm-Reichel**  
am Markt 21.

**Schlacht-  
pferde**  
kauft  
**Herm. Scharfs**  
Hofschlächter,  
Dippoldiswalde, Markt 28, Tel. 80.

Gleich den meisten sächsischen Zeitungsüberlegern haben auch wir uns für den Verkehr mit den politischen Parteien für alle Wahlkämpfe zur Einhaltung nachstehender Vereinbarung verpflichtet:

- Der Bezahlung unterliegen außer den Anzeigen:
  - alle Eingelands mit werbendem Inhalt für eine Partei, Kandidaten oder den Besuch einer Versammlung,
  - alle Zuschriften, welche ein Parteiprogramm oder Punkte einer solchen enthalten.
- Angriffe gegen eine Partei, eine Parteileitung, Kandidaten und Einzelpersonen können nur im Anzeigenteil Aufnahme finden.
- Alle Eingelands politischen Inhalts werden nur mit namentlicher Unterschrift veröffentlicht. Allgemeine Unterschriften, wie: mehrere Bürger, ein Parteifreund usw., sind nicht zulässig. Derartige Anzeigen können nur im Anzeigenteil Aufnahme finden.
- Eingelands und Anzeigen mit persönlichen, gehässigen Auslassungen oder mit unkontrollierbaren Nachrichten über das Privatleben finden keine Aufnahme.
- Die Berechnung der Eingelands und Zuschriften erfolgt zum Preise von 20 M. pro Druckzeile.
- Weder auf Beiträge für Anzeigen, Eingelands und sonstige Veröffentlichungen wird ein Rabatt gewährt.
- Die Beilagen-Grundgebühr ohne Post- und evtl. Folgegebühr beträgt 40 M. das Hundert.

Geschäftsstelle und Redaktion der Weisheit-Zeitung.

Stb.-rg. auct  
**Kachelofen**  
Neht billig zum Verkauf bei **Frang Weidner, Niederortstraße.**  
**Dobbermann-Hund**  
zugekauft.  
Abz. holen gegen Erlattung der Kosten in **Wendischgraben Nr. 8.**  
**Glüh-  
strom-  
Motor**  
20 Volt, 1/2 - 2 PS., gut erhalten über liefert zu kaufen gesucht. Angebote u. B. A. a. d. Geschäftsst.

**Nutze dein Herdfeuer!**

**Persil, das selbsttätige Waschmittel**  
reinigt und bleicht die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.  
\*) Persil enthält keinerlei schädliche Bestandteile; es schont und erhält die Wäsche, weil es das zweimalige Kochen und die Verwendung von Waschbrett und Bürste überflüssig macht.



Für die uns anlässlich unserer Vermählung entgegengebrachten Ehrungen und Geschenke sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern hiermit allen unseren herzlichsten Dank.  
**Edmund Mähle und Frau Olga,** geb. Proft.  
Raundorf, Oberfrauendorf, im Oktober 1922.

**Stern-Lichtspiele.**  
Heute Sonnabend und Sonntagabend 1/9 Uhr der gewaltige Stuart-Webbs-Detectivfilm  
**George Bully**  
6 Akte größter Spannung: 6 Akte.  
In den Hauptrollen der weltberühmte Detectiv Stuart Webbs und die hervorragende Künstlerin Stella Dorf. — Außerdem das köstliche Lustspiel  
**Wer die Wahl hat . . .**  
Um zahlreichen Besuch bittet  
F. Arndter.

Schenswerte Malereien!  
**Wittelsbacher**  
**Wein- und Bierstuben**  
Inh. **Kurt Walter** :: Dresden, Moritzstr., Ecke König-Johann-Str.  
Reichhaltige, anerkannt vorzügliche Frühstück-, Mittag- und Abendkarte bei kleinen Preisen.  
**Erstkl. Weine :: Schoppenweine :: Echte Biere**  
**Täglich Künstler-Konzert**  
Lebhafter großstädtischer Verkehr . . . Keine Dienerpreise

**Chemnitzer Bank-Verein**  
Chemnitz — Dresden  
Aktienkapital und Reserven  
M. 200 Millionen.  
Unsere  
**Zweigstelle Dippoldiswalde**  
Dippoldiswalde, Gartenstrasse  
verzinst zurzeit  
provisionsfreie Scheck- u. Depositenkonten  
bei täglicher Verfügbarkeit mit 3 1/2 %  
„ 1 monatlicher Kündigung mit 4 %  
„ 3 „ „ „ 4 1/2 %  
„ 6 „ „ „ 5 %  
„ einer Kündigung von  
über 6 Monaten  
nach Vereinbarung  
—  
Vorteilhafte Ausführung aller  
bankmässigen Geschäfte  
—  
Kassenstunden: 1/2 9—1/2 4 Uhr  
Sonnabends 1/2 9—1/2 1 Uhr  
Fernsprecher Nr. 18

**Ab Montag**  
den 16. Oktober  
befindet sich die Kunstfärberei und  
chemische Reinigungsanstalt  
**Kunst**  
**Freiberger Str. 238**  
**30 PS. Wasserkraft,**  
noch weiter ausbaufähig, für Getreide-  
mühle oder Holzindustrie geeignet,  
Offerten unter „A. B.“ an die Geschäftsstelle erbeten.  
Programme, Eintrittskarten usw. druckt Carl Jehne.

Statt Karten!  
Für die uns anlässlich unserer SILBER-  
HOCHZEIT in so reichem Masse darge-  
brachten Glückwünsche und Geschenke sagen  
wir hierdurch allen unseren  
herzlichsten Dank.  
Schmiedeburg, im Oktober 1922.  
**Bäckermeister Louis Beyer**  
und **Frau Emma,** geb. Staudte.

Anlässlich unserer Silber-Hochzeit sind uns von  
allen Seiten so zahlreiche Glückwünsche und Geschenke dar-  
gebracht worden, daß wir uns veranlaßt fühlen, hiermit  
allen unseren herzlichsten Dank auszusprechen.  
Reinhardtsgrimma, im Oktober 1922.  
**Clemens Vogler und Frau.**

**Tanzpalast zur**  
**„Talsperre Malter“.**  
Sonntag den 15. Oktober  
**großer Festball.**  
Anfang 4 Uhr. Ballmusik: Künstler-Kapelle.  
Es laden ergebenst ein Arthur Schmiedeburg.

**Jägerhaus Naundorf.**  
Jeden Sonntag  
feine Ballmusik  
Angenehmer Familienaufenthalt.  
Es laden freundlichst ein Max Israel und Frau.

**Erbgericht Höckendorf**  
Größtes Tanz-Etablissement.  
Sonntag von 4 Uhr  
feine Ballmusik  
Volles Orchester.

**Gasthof Berreuth.**  
Heute Sonntag  
feine Ballmusik  
Hierzu laden freundlichst ein Bruno Peschel und Frau.

**Oberer Gasthof Reichstädt**  
Heute Sonntag  
öffentliche Ballmusik,  
wozu ergebenst einladen A. Preßlich und Frau.

**Frankenmühle**  
**Ulberndorf.**  
Heute Sonntag (Anfang 5 Uhr)  
feine öffentliche Ballmusik  
Streich- und Bläserorchester  
Hierzu laden freundlichst ein Guido Eppig.

**Gasthof Oberfrauendorf.**  
Sonntag zum Erntefest  
große Ballmusik  
wozu freundlichst einladen Karl Flemming und Frau.

**Gasthof Niederfrauendorf.**  
Heute Sonntag  
Erntefestball  
Es laden ergebenst ein August Petrik und Frau.

**Gasthof „goldner Firsch“, Reinhardtsgrimma.**  
Zum Erntefest von nach- starkbesetzte Tanzmusik.  
mittags 4 Uhr  
Für Amtshauptmannsch. Dippoldiswalde sucht Generalvertreter einer  
**angesehenen Firma (A.-G.)**  
**tüchtigen Platzvertreter,**  
der Wagenlogr (ca 50 Tille Betriebskapital) unterhalten muß.  
Offerten unter „B 7/4“ an Ala-Dresden I.

**Fritz Pfothner,**  
**Rabonau, am Markt**  
empfiehlt Bildhauer-, Drechsler- und  
Stuhlbauer-Werkzeuge.

Wiedere hochtragende  
**Zug- und Zuchtkühe**  
und **Kalben**  
leben preiswert zum Verkauf. — Schlachtoch jeder Qualität wird  
zu höchsten Preisen in Zahlung genommen.  
**Flemming, Ruppendorf.**

Wie ich  
ab die  
Gebühr  
tarifab  
den im  
und im  
fene in  
steigbar  
zum 2  
Ob die  
bekannt  
(1-75)  
Jone 2  
3. Klasse  
2. Klasse  
1. Klasse  
Gel  
W i ch e  
Gummif  
und auf  
ist in E  
schaft  
Jedenfa  
mit We  
betragen  
mischen  
gehalten  
Widers  
Leip  
bau Lei  
Reichs  
Bahnb  
erford  
Mark.  
verfügt  
begründ  
erklärt.  
die Leip  
brucht.  
wendig  
Reichs  
veranla  
es u. a.  
zuklären  
Wettkar  
kehr du  
haltung  
Heberlie  
auf die  
verübt  
Eratma  
zu veran  
heit von  
batte er  
das Gel  
Polizei  
gefordert  
Sofa ein  
den Bef  
Tisch ste  
schlag de  
benutzte  
suchte da  
einen p  
Ueberfall  
wurde u  
fängnis  
Hoh  
fallen  
wird n  
Mark v  
200 000  
Kaube b  
vereins  
Plan ent  
in Rus  
Edm  
nahme e  
der Gas  
folchen v  
im Grun  
Zwe  
Anrufen  
wh eine  
ist Käfig

### Sächsisches.

**Zur Erhöhung der Personentarife am 1. November.**  
Wie schon gemeldet, werden mit Wirkung vom 1. November 1922 ab die Fahrpreise vom 1. Oktober d. J. um 100% erhöht. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die Militärfahrpreise und die Preise für Zeitkarten; sie tritt ferner bei den im Deutschen Eisenbahn-, Personen- und Gepäcktarif, Teil 1, und im Reichsbahn-, Personen- und Gepäcktarif, Teil 2, enthaltenen sonstigen Gebührentarifen, einschließlich der Preise für Bahnsteigkarten und für Erlaubniskarten zum Betreten der Bahnsteige zum Aufgeben oder Abholen von Zeitungsbahnstabsbriefen ein. Ob die Gepäck- und Erpreßgutschriften erhöht werden, wird noch bekanntgegeben. Die Schnellzugzuschläge betragen: Zone 1 (1—75 Kilometer) 1. Klasse 80 M., 2. Klasse 60 M., 3. Klasse 40 M.; Zone 2 (76—150 Kilometer) 1. Klasse 180 M., 2. Klasse 120 M., 3. Klasse 80 M.; Zone 3 (über 150 Kilometer) 1. Klasse 270 M., 2. Klasse 180 M., 3. Klasse 90 M. Neu ist ferner, daß für die 1. Klasse besondere Schnellzugzuschläge eingeführt werden.

**Welshain.** Vor einigen Tagen fand ein Outselbisher in Wiedersheim auf einem Krautacker einen kleinen, aus rotem Gummistoff hergestellten Ballon mit angehefteter gedruckter Karte und aufgeklebter unentwerteter Einpenny-Briefmarke. Der Ballon ist in Stourbridge aufgelassen worden, einer Stadt in der Grafschaft Worcester, zwischen London und Birmingham gelegen. Jedenfalls ist es interessant, daß ein solch kleiner, wahrscheinlich mit Wasserstoffgas gefüllter Ballon die 1200 Kilometer betragende Luftreise aus dem Innern Englands über den schmalen Kanal, Nordfrankreich, die deutschen Mittelgebirge unangeführt zurückgelegt und sein Endziel in Sachsen, in dem Dorfe Wiedersheim, gefunden hat.

**Leipzig.** Obwohl die beteiligten Industriellen zu dem Bahnbau Leipzig-Merseburg 200 Millionen zuschießen wollen, hat das Reichsverkehrsministerium erklärt, an eine Weiterführung des Bahnbauens sei nicht zu denken. Die Fortführung bis Jöschchen erfordert noch 50 Millionen, bis Leipzig dagegen 400 Millionen Mark. Der Bau müßte unterbrochen werden, da die Kredite verlagert würden. Der ablehnende Standpunkt wurde auch damit begründet, das Oberbergamt Halle habe die Bahn nicht für nötig erklärt. Das hat die beteiligten Industriellen in dem Bezirk und die Leipziger Verkehrsvereine und Interessenten in hartnäckig gemacht. Auch die sächsische Braunkohlenindustrie ist von der Notwendigkeit des Baus überzeugt. Die Ablehnung hatte nun die Reichstagsabgeordneten Dr. Philipp, Dr. Reichert und Domsch veranlaßt, an die Reichsregierung eine Anfrage zu richten, in der es u. a. heißt: „Ist die Reichsregierung bereit, die Vorgänge aufzuklären und Sorge dafür zu tragen, daß in dem geschichtlichen Weichpunkt zwischen Halle und Leipzig um den Vorrang im Verkehr durch die Leipziger Tiefenbahn die Reichseisenbahnenverwaltung sich grundsätzlich von den einseitig preussisch-holländischen Ueberlieferungen befreie?“

**Wittin.** In der Nacht zum Ostersonntag war in der Hofstraße auf die Wirtin des Gasthauses „Zum Roß“ ein Raubüberfall verübt worden. Als Täter wurde der stellenlose Rüfer Ewald Trautmann ermittelt. Er hatte sich jetzt vor dem Schwurgericht zu verantworten. Es stellte sich heraus, daß er wegen einer Krankheit von einer Firma entlassen worden war. Am Tage der Tat hatte er bei der Krankenkasse 300 M. Krankengeld erhoben und das Geld in Alkohol angelegt. Er zechte bis zum Eintritt der Polizeistunde im „Roß“ und war von der Wirtin wiederholt aufgefordert worden, das Lokal zu verlassen. Als die Wirtin auf dem Sofa einnickte, jagte Trautmann den Entschluß, sich gewaltsam in den Besitz der Geldtasche zu setzen. Er ergriff einen auf dem Tisch stehenden, aus einer Granate gefertigten Mordbecher und schlug damit der Frau mehrmals auf den Kopf. Die Frau fiel bewusstlos zu Boden, der Täter raubte ihr das Geld und besuchte dann eine andere Kneipe, wo er lustig weiter zechte. Durch einen späten Gast, der Unterkommen im „Roß“ suchte, wurde der Ueberfall bemerkt, die Frau gerettet und der Täter ermittelt. Er wurde unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Hohenstein-Ernstthal.** Der Bau des Ehrenmals für die Gefallenen unserer Stadt ist geendet. Mit den Vorbereitungen hierzu wird nächste Woche begonnen. Die Kosten sind auf über 300 000 Mark veranschlagt. (103 000 M. standen bisher zur Verfügung, 200 000 M. haben die Großindustriellen gestiftet.) Stadtbauamtschef Raabe hat für das Denkmal, das in den Anlagen des Erzgebirgsvereins oberhalb der Hauptbahnhofs-Eisenbahnlinie steht, den Plan entworfen. Die Herstellung der bildhauerischen Arbeiten soll in Ruchelshaus erfolgen.

**Schwarzenberg.** Die Stadtverordneten genehmigten die Aufnahme einer Anleihe von 2 Millionen Mark zur Ausführung der Gasföhrleitung Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt und einer solchen von 1 1/2 Millionen Mark zur Errichtung einer Lehrhölle im Grundstücke des städtischen Hofes.

**Waldau.** Bei dem am 4. Juli d. J. hier stattgefundenen Unruhewahl der 16-jährige Schloßherrschin Löffel aus Schödenwisch einen Kopfschuß. Trotz sorgfältiger ärztlicher Behandlung ist Löffel jetzt dieser Verletzung erlegen.

### Auf der Valutainsel.

Von Verbandsdirektor Franz Hilmer-Brünn, Geschäftsführer der Organisation der deutschen Landwirte Mährens.

Die Siegerstaaten, die Staaten von Besiegten und die durch den Krieg entstandenen neuen Staaten treffen sich aus Notwendigkeiten der Wirtschaft mehr und mehr in dem Wunsche, den heute so verschiedenen Geldstand der einzelnen Länder im Sinne der Vorkriegsverhältnisse anzunähern und ihn dann in Stetigkeit zu verankern. Venedigt man die Tschechoslowakei etwa wegen des gegenwärtigen Hochstandes ihrer Krone? Die hohe Valuta schützt jedenfalls die Landwirtschaft der Tschechoslowakei nicht vor hohem Elend. Gewiß spielen sozialpolitische Verhältnisse hinein. Ende 1921 wurden unserer Industrie 25- bis 30fache Friedenszölle zugesprochen, während für unsere Landwirtschaft Zollfreiheit festgelegt worden ist. Trotzdem würden die reichsdeutschen und deutsch-österreichischen Maschinen und billiger kommen als die der eigenen Industrie. Aber die Tschechoslowakei läßt irgendwelche Einfuhr von Industrieerzeugnissen nicht zu. Die Folge ist, daß alles, was in unserer Republik erzeugt wird, von ihr aufgebraucht werden muß oder zugrunde geht. Den letztgenannten Fall hat unsere Landwirtschaft mehr und mehr auszukosten. Im Vorjahre sind Gurken und anderes Gemüse in großen Mengen verdorben. In diesem Jahre müssen die Pflanzen auf den Bäumen bleiben, weil die für sie zu erzielenden Preise auch nicht einmal die Kosten des Pflückens decken würden. Ebenso weiß man nicht, was man mit der in Südmähren erzeugten Milch und den aus ihr hervorgehenden Er-

zeugnissen anfangen soll. Die Tschechoslowakei ist ein agrarisches Ueberflußgebiet. Sie könnte an Deutschland Vieh abgeben; früher ist nach Deutsch-Österreich Milch, Obst, Gemüse in großen Massen gegangen. Jetzt ist eine Ausfuhr unmöglich. Die Valutaunterschiede verbieten sie. So wird der Hochstand der Valuta verhängnisvoll ebenso für unseren neuen Staat wie für die Siegerstaaten. Die Länder der Besiegten leiden an Lebensmittelnot. Unser Neukauf kann seinen Ueberfluß an sie nicht abgeben. So fordert schon die menschliche Vernunft eine Wiederannäherung der Valuten.

Der Aufstieg der tschechischen Krone ist im Kreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sofort zum Ausdruck gekommen; der Ueberfluß hat auch hier preiswundernd gewirkt. Hingegen stehen die landwirtschaftlichen Bedarfsgegenstände noch immer auf dem 15- bis 20fachen des Friedenspreises. Die landwirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei wird aber noch dadurch verschärft, daß wir unseren Kunstbödingen nur aus Deutschland beziehen können, aber bei dem Preisstand unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse trotz des Unterschiedes der Valuta nicht in der Lage sind, ihn zu bezahlen. Die diesjährige Misere wird die Einnahmen der Landwirtschaft erheblich verringern. Hingegen wird ein Abbau der Löhne bei den landwirtschaftlichen Arbeitern vorausichtlich unmöglich sein, da ein Preisabbau bei Kleibern, Wäse und anderen Bedarfsgegenständen überhaupt nicht oder kaum fühlbar zu verzeichnen ist. Klagt die deutsche Landwirtschaft darüber, daß sie immer wieder das Opfer parteipolitischer Erwägungen wird, so hat die Landwirtschaft in der Tschechoslowakei über die gleiche unbefriedigende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte Beschwerde zu führen. Es ist ein Trugschluß, daß sich unser Staat über den Hochstand seiner Finanzen freut, wenn gleichzeitig die Wirtschaft immer tiefer in den Abgrund hineingleitet.

### Deutschlands Heldenkampf.

Ein neues Buch des Kronprinzen.

Im Verlag von E. S. Mittler u. Sohn in Berlin ist ein neues Buch des Kronprinzen erschienen unter dem Titel „Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf“. Der Kronprinz widert darin u. a. auch seine eigene Tätigkeit als Meerführer. Von besonderem Interesse sind die Bemerkungen über den Schließenschen Plan und was tatsächlich daraus wurde. Hierzu sagt der Verfasser:

„Daß uns dieser Erfolg versagt geblieben ist, daran ist aber keineswegs der operative Gedanke Schließens selbst schuld, vielmehr das offenkundige Umweichen von diesem Plan. Ich sehe die Abwägung weniger in der veränderten äußeren Gestalt des deutschen Aufmarsches, die sich in einer Anhäufung stärkerer Kräfte in den Reichslanden und in der Ausdehnung des Aufmarsches bis ins Oberelbgebiet ausdrückt — hierfür gibt General Ludendorff meines Erachtens gewichtige Gründe an — als in der Führung der Operation aus dem Aufmarsch heraus. Eine strategische Idee kann noch so gesund, einfach und erfolgversprechend sein, wird sie von dem mit ihrer Ausführung Betrauten so verwässert, wie nach meiner Ansicht 1914 von der deutschen Führung geschehen ist, so kann sie unmöglich den Sieg bringen.“

### Das Leben im Hauptquartier.

Das Leben und Treiben in seinem Hauptquartier schildert der Kronprinz in anschaulicher Weise, wenn er u. a. ausführt:

„Im Hauptquartier begab ich mich täglich vormittags und nachmittags einmal zum Chef. Hier wurden die Lage und alle sich aus ihr ergebenden wichtigen Entschlüsse besprochen, Anordnungen, Befehle und Anträge beraten und die Vorträge der Sonderbearbeiter sowie Meldungen und Berichte der stets zahlreichen Besucher aus Heer, Flotte, Diplomatie, Industrie, Handel, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kunst entgegen genommen. In Zeiten des Großkampfes regelten sich Zeit und Zahl der täglichen Besprechungen mit dem Chef nach der Lage. Oft fanden sie noch in später Nachtstunde auf seinem Geschäftszimmer statt. Tägliche Ferngespräche mit allen mir unterstellten Armeen (Oberbefehlshabern und Chefs), häufig auch mit Generalkommandos und Divisionen dienten dazu, mir stets persönlich ein lebendiges und wahres Bild von der Lage zu verschaffen. In meinem Arbeitszimmer verfügte ich über einen Fernsprechapparat mit Lautverstärker, der eine vollkommen klare Verständigung auch nach den entlegenen Frontteilen ermöglichte. Die Größe der Arbeit beim Oberkommando der Heeresgruppe bis zum Ende des Feldzuges, die ununterbrochene, ungeheure geistige und körperliche Anspannung kann nur der ermessen, der wie ich, täglich im Getriebe des Staates stand und mit allen seinen Angehörigen in steter Fühlung war.“

### Das Jugendgerichtsgesetz.

Erhöhung der Altersgrenze vom 12. auf das 14. Lebensjahr.

Das neue Jugendgerichtsgesetz, das soeben im Reichsrat angenommen worden ist, enthält eine Reihe wichtiger Neuerungen. Von großer Bedeutung ist insbesondere die Erhöhung der Altersgrenze. Die Altersgrenze für die Strafbarkeit wird vom 12. auf das 14. Lebensjahr heraufgesetzt. Nicht strafbar ist aber auch ein Jugendlicher, der nach erreichter Strafbarkeit, aber vor Vollendung des 18. Lebensjahres eine Straftat begeht, wenn er zur Zeit der Tat nach dem Grade seiner geistigen oder sittlichen Entwicklung unfähig war, das Ungeheuerliche der Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen.

Für die Personen, die zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr eine Straftat begehen, wird der Grundsatz aufgestellt, daß das Gericht zwischen Strafe und Erziehungsmaßnahme wählen und auch beides nebeneinander anordnen kann. Als Strafen sind Todesstrafe, Zuchthaus, lebenslängliche Festungshaft, Ehrenstrafe und Polizeiaufsicht ausgeschlossen. Das Strafmaß des Verweises ist im Entwurf ausgegeben worden. Bei jeder Freiheitsstrafe gegen Jugendliche kann bedingte Strafaussetzung gewährt werden. Die Dauer der Probezeit oder Bewährungsfrist ist auf mindestens zwei, höchstens fünf Jahre festzusetzen. Das Jugendgericht ist das Schöffengericht. Jugendrichter und Vormundschaftsrichter sollen dieselbe Person sein. Untersuchungshaft ist gegen Jugendliche nur dann zu vollziehen, wenn ihr Zweck durch andere Maßregeln nicht erreicht werden kann.

Der Entwurf weist grundsätzlich die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe den Jugendämtern zu. Es soll aber den Landesregierungen gestattet sein, die Jugendgerichtshilfe ganz oder teilweise den auf dem Boden der freiwilligen Liebestätigkeit entstandenen Vereinigungen zu eigener Ausübung zu übertragen. Sie haben dann im Benehmen mit den Jugendämtern tätig zu werden.

### Kaiser und Papst.

Aus den Erinnerungen Wilhelms II.

In seinen Erinnerungen „Ereignisse und Gestalten“ spricht Wilhelm II. u. a. auch sehr ausführlich über sein Verhältnis zur Kirche, insbesondere zur päpstlichen Kurie und zu den deutschen Kirchenführern. In besonders guten Beziehungen will der Kaiser mit den Kardinalen Knopp, Hartmann, Schulte, Faulhaber und Bertram gestanden haben. Sie alle bezeichnet er als Helden des deutschen Episcopates, dessen Patriotismus für Kaiser und Reich im Kriege zum Ausdruck gekommen sei. Darin glaubt der Kaiser einen Beweis erbliden zu können, daß es ihm gelungen sei, die Rebel des Kulturkampfes zu zerstreuen und auch den katholischen Untertanen die Freude am Reiche zu ermöglichen.

Sehr ausführlich äußert sich der Kaiser über sein „freundschaftliches Vertrauensverhältnis“ zu dem Papst Leo XIII. Bei seinem ersten Besuch im Vatikan habe er sich herzlich gefreut, daß der Papst mit Anerkennung und Dank die Stellung hervorhebt, die die katholische Religion und ihre Anhänger in Deutschland einnehmen, und darum die Versicherung schloß, er werde an seiner Stelle dazu beitragen, daß die deutschen Katholiken keinem anderen Deutschen an Vaterlandsliebe und Treue nachsehen sollten.

Bei dem dritten und letzten Besuch — kurz vor dem Tode Leos XIII. — habe der damals 93-jährige Papst die Grundsätze, mit denen er regiere, ausdrücklich gebilligt und seine Freude darüber ausgedrückt, daß der Kaiser seine Herrschaft auf der Grundlage des besten Christentums aufgebaut habe. Als interessante Tatsache verzeichnet Wilhelm II. in seinen Erinnerungen, daß der Papst ihm bei diesem Anlaß erklärte, Deutschland müsse das „Schwert der katholischen Kirche“ werden. Er habe entgegnet, daß das alte römische Reich deutscher Nation doch nicht mehr bestehe, daß die Voraussetzungen andere geworden wären. Aber bei Papst sei bei seiner Ansicht geblieben.

Der Kaiser schildert dann, daß ihm der Papst bei dieser Gelegenheit noch einmal seinen warmen Dank dafür ausgesprochen habe, daß er unablässig um das Wohl auch seiner katholischen Untertanen bemüht sei. Er habe — so sagte der Papst — das von so vielen Seiten gehört, daß er Wert darauf lege, ihm persönlich zu sagen, wie dankbar sowohl er wie die deutschen Katholiken für diese Fürsorge seien. Er könne ihm versichern, daß seine katholischen Untertanen in guten und bösen Tagen in absoluter Treue zu mir stehen würden. Sie würden sich in jeder Lage als unbedingt treu erweisen.

### Doppelte Berufe.

Eine zeitgemäße Betrachtung.

Der mühselige Kampf ums Dasein, den heutigen Tages gerade die Geistesarbeiter, Tag für Tag, unter stetig sich erschwerenden Bedingungen führen müssen, hat nicht Wenige von ihnen veranlaßt, sich nach einer Tätigkeit umzusehen, die ihnen und den Ihrigen einen wenn auch bescheidenen, so doch gesicherten Schutz vor dem drohenden Gespenst der Not und Verelendung gewährt. Und es entsteht die Frage, ob es künstlerischer und literarischer Arbeit nicht verderblich werden muß, wenn sie nicht als alleiniger Beruf ausgeübt wird, sondern noch einen anderen Beruf neben sich zu dulden hat. Die Gegenwart kann uns noch keine abschließende Antwort auf diese Frage erteilen. Aber ein Blick in die Vergangenheit zeigt uns, daß es zu allen Zeiten und in allen Ländern nicht an Männern gefehlt hat, die einem doppelten Berufe gewachsen waren und deren Begabung nicht dadurch verkümmerte, daß sie sich nicht ausschließlich deren Pflege hingeben und sich jeder anderen Wirksamkeit enthalten durften.

War nicht Leonardo da Vinci nicht nur als Künstler ein Universalgenie, sondern auch ein ausgezeichnete Ingenieur und Meister der Festigungstechnik? Rubens wurde mit wichtigen diplomatischen Missionen betraut und führte sie zur vollen Zufriedenheit seiner Auftraggeber aus. Gerade unter den Niederländern begegnen wir Meistern ersten Ranges, die nicht befürchteten, sich zu zersplittern, wenn sie sich durch die Bekleidung eines öffentlichen Amtes in den unmittelbaren Dienst der Allgemeinheit stellten. Rhyndael, van der Meer, Bachhuyzen waren Amtschreiber und Ter Broek

ein vorzüglicher Bürgermeister. Bevor J. F. Raffael sich ganz der Malerei widmen konnte, fristete er sein Leben als Kommiss und Theater-Chorist. Unter den Franzosen sind bildende Künstler mit doppelter Beruf sehr häufig. Der noch lebende greise Landschaftsmaler Printaler war lange Zeit Präparator im chemischen Laboratorium eines Arztes. Bouvin war Markthalleninspektor, und der außerhalb Frankreichs weniger bekannte Couchaud betrieb ein Kolonialwarengeschäft. Maupassant war Beamter im Finanzministerium — aber wir brauchen wahrhaftig nicht unsere Blicke nach dem Auslande zu lenken, um Beispielen von Doppelberufen zu begegnen. Allerdings sind sie bei uns ungleich seltener unter den bildenden Künstlern anzutreffen als unter den Heiden der Feder. Unter den Letzteren ist die Reihe so lang wie ungleich und leitet von dem Gouvernementssekretär Lessing über den Geschichtsprofessor Schiller und den Staatsminister Goethe bis in die Neuzeit. Greift man auf gut Glück aus der Menge einige Namen heraus, so läßt sich auf Dramatiker, Romanschriftsteller, Dichter in fülle hinweisen die Staatsbeamte waren oder sind, wie Wildenbruch und Felix Dahn, Militärs wie Ewald und Heinrich von Kleist, Unruh und Dombeda, Aerzte wie Arthur Schnitzler und Richard Veander (Volkmann). Größe und Mittelmäßigkeit nebeneinander, wenn man, wie es leicht möglich wäre, die Reihe fortsetzen wollte.

Unter den „Schaffenden“ selbst wäre wohl schon eine Einigung zu erzielen, falls sie sich dazu äußern sollten, ob der künstlerische und literarische Beruf noch einen zweiten Beruf neben sich verträgt, denn das ist eine Angelegenheit des einzelnen Talentes und Temperaments.

Dr. M. v. B.

## Die Ahnen des Schiebers.

Alte und neue Zeit.

„Parvenü“ und „Schieber“ decken sich nicht völlig. Jenes bezeichnet nur das — für die anderen — peinliche Ergebnis, dieses wirft zugleich ein Licht auf die unansehnliche Entwicklung, die zu diesem Ergebnis geführt hat. Daß die beiden Ausdrücke heute fast gleichbedeutend geworden sind, haben die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeit mit sich gebracht. In sich aber ist der Parvenü ein uraltes Gewächs, das besonders in der römischen Kaiserzeit, einer Epoche die unserer so überaus ähnlich ist, eine Rolle spielte. Der Hofmarschall des Augustus Petronius Urbicus hat in seinem Gastmahl des Trimalchus solch einen Parvenü geschildert, der, im Besitze unermeßlichen Reichtums, übermütig wird und sich der geschmackloster Verschwendung ergibt. Der Dichter Martial schilt über die Leute, die durch „Häuserabpachten und die Ubfuß besorgen“ reich geworden sind, also auf Baupespekulation und Ubfußunternehmer, die vor Gericht sich ihres Vermögens rühmen, und obgleich sie noch in der Jugend ausgepeitscht wurden, wie Horaz erzählt, später große Güter besitzen, mit den Rittern verkehren und Titel erhalten.

Ein günstiger Boden für Parvenüs war später das Frankreich der absoluten Monarchie, der bourbonischen wie der napoleonischen. Im 18. Jahrhundert waren es die „Generalspäcker“, die die Steuererhebung vom Staate gepachtet hatten und durch ihren Reichtum in der sonst sehr erflussten „Gesellschaft“ Aufnahme fanden. In England, wo sich die Parvenüs hauptsächlich unter den Leuten finden, die in Indien gute Geschäfte gemacht hatten, fanden die Parvenüs keine so gute Aufnahme. Der solide kaufmännische und sehr wohlhabende Bürgerstand sah mit Mißtrauen auf sie und glaubte vor der Art, wie sie zu ihrem Gelde gekommen waren, das Schlechteste. Und der grundbesitzende Adel war selbst so reich, daß ihm die indischen Reichtümer nicht imponierten. Bei uns gab es natürlich auch schon früher „Emporkömmlinge“, Glücksritter, Günstlinge, die an den Höfen „Portune“ machten, auch einzelne Spekulant, die in die Höhe kamen, aber der eigentliche Parvenü entstand doch erst, als die Würfelschäfte in großem Umfange betrieben wurden, und die Parvenüs wucherten wild in den Gründerjahren. Und seitdem haben sie sich, wie gesagt, als eines der schlimmsten Uebel, die Krieg und Ansturz mit sich brachten, ins Unermeßliche vermehrt.

## Zole, welche leben.

(M. Fortsetzung)

In atemloser Eile hasteten die beiden nun den Weg zurück, den sie gekommen, und schlugen gleichfalls die Richtung gegen den Linienwall durch die finstere Mariannengasse ein.

„Wir müssen eilen“, rief die Frau hervor. „Wir können ihn noch einholen.“

„Wen denn? Was hast du nur Tante? Ich verstehe nichts von alledem.“

„Ihn, den Hugo Wahr. Sahst du den Mann, der uns an der Kreuzung der Alferstraße plötzlich in den Weg lief, jenen, der den einen Fuß ein wenig nachzog? Es war Hugo Wahr. Ich habe ihn bei dem Scheine des großen Kumbrenners deutlich erkannt, trotz seines weiten Mantels, den er trug, und trotz des emporgeschlagenen Kragens. Und er erkannte wohl auch mich, deshalb suchte er so rasch zu verschwinden. Ich muß ihm nach, ich muß suchen, zu erfahren, was er im Schilde führt.“

„Ja, sagtest du denn nicht, er sei in Amerika?“

„Er ist ohne Zweifel von dort wieder herübergekommen. Zu welchem Zweck, mag Gott wissen. Keinesfalls zu einem guten, denn alles Unglück, das über uns und insbesondere über meinen Mann kam, hieß Hugo Wahr.“

„Und glaubst du denn, daß wir ihn noch erreichen können?“

„Bleibst du. Er kann seines Fußes halber nicht sehr rasch gehen, und wir sind wahrscheinlich schneller als er. Es ist ja auch kaum eine Minute her, daß er uns in den Weg trat. Er kann noch nicht weit sein. Die hell beleuchtete Alferstraße will er gewiß vermeiden, denn seine Wege scheuen immer das Licht. Er wird also wahrscheinlich sein Ziel durch diese dunkle Gasse verfolgen.“

Frau Agnes Mirbach schritt jetzt so schnell dahin, daß ihr das Mädchen kaum folgen konnte. So ge-

langten sie schweigend bis zur Einmündung der Brunnbadgasse, welche, etwas bergabfallend, die Mariannengasse mit der Bazarettgasse verbindet und gerade Mirbachs Haus gegenüber in diese einmündet.

Jetzt blieb Frau Agnes stehen.

„Dort ist er vor uns. Ich erkenne ihn genau an dem Mantel und dem schleppenden Gang. Er sieht sich nach allen Seiten um. Wir müssen uns im tiefen Schatten halten, daß er uns nicht entdeckt“, flüsterte sie.

In der Tat gewahrte Hella etwa fünfzig Schritte vor ihnen die Gestalt eines Mannes, die in einem weiten, faltigen Mantel gehüllt war. Der Mann spähte eifrig um sich, als wolle er sich bergewittern, daß er nicht verfolgt werde. Dann, als er sich überzeugte zu haben schien, daß ihm keine Gefahr drohe, setzte er langsamer seinen Weg fort, der ihn gegen Hernal's führte. Bedeckt von dem Schatten der Häuser und der Mauer des Kinderspitalgartens folgten ihm die beiden Frauen.

„Vorsicht! Nur Vorsicht!“ flüsterte Frau Agnes ihrer Begleiterin zu. „Wir dürfen uns von ihm nicht sehen lassen, sonst fährt er uns irre oder entschlüpft uns auf eine andere Weise.“

„Was willst du eigentlich von ihm? Warum verfolgst du ihn?“ sprach Hella ebenso leise.

„Vorläufig will ich nichts anderes wissen, als wo er wohnt. Dann will ich gleich morgen unser Erlebnis Dr. Richter mitteilen und ihm die Wohnung Wahrs verraten. Ich habe eine Ahnung, daß da nicht alles in Ordnung ist, denn wenn Hugo Wahr auftaucht, gab es immer ein Unglück. Wer weiß es, ob er nicht in irgendeiner Beziehung zu den Geschehnissen der letzten Nacht steht. Wohl hat doch die Spuren eines Mannes gefunden, und Wahr kannte das Zügerhaus genau. Ist er doch mit meinem Manne und dem Hürster oft genug dort gewesen. Bedenke nur auch, wie auffallend es ist, daß er, den alle in Amerika und seit langer Zeit verschollen glaubten, gerade um diese Zeit wieder in Europa erscheint, die deinem Vater in so rätselhafter Weise das Leben kostete. Nein, nein! Ich will es wissen, wo er sich jetzt aufhält. Wer weiß, wozu das noch gut ist.“

Hugo Wahr ließ einen Augenblick stehen, als sei er ungeschlüssig, ob er sich dem lebendigen Menschenstrom überlassen oder nicht lieber umkehren solle. Aber nach einer Sekunde des Bögerns stürzte er sich entschlossen ins Gemüth. Er tat, als wolle er die Fahrbahn überschreiten, tauchte aber in dem Schatten eines hochbepackten Heuwagens unter, so daß er den Augen seiner Verfolgerinnen für eine Minute entwich.

Frau Agnes Mirbach beschleunigte ihren Schritt und zog Hella rasch mit sich fort.

„Jetzt müssen wir schnell sein, wenn wir ihn wieder zu Gesicht bekommen wollen“, sagte sie. „Unter den vielen Menschen wird er mich kaum erkennen, auch wenn er mich sehen sollte. Wenn er nicht umgedreht hat und wieder in die Stadt zurückgekehrt ist, so muß er dort, wo sich die Straße in zwei Aeste teilt, wieder zum Vorschein kommen.“

Agnes Mirbach hatte mit ihren Vermutungen vollständig recht. Denn als der Heuwagen, der Hugo Wahr als Deckung gedient hatte, diesen Punkt erreicht hatte, sah man seine Gestalt sich aus dem Schatten lösen und über die Straße hinweg dem anderen Gehweg zustreben.

Hier, an der Gabelung der Straße, die mit dem einen Aste nach Hernal's, mit dem anderen nach Ottaring führte, lag ein ebenerdiges, weitläufiges Gebäude in Dreiecksform, das an der der inneren Stadt zugewendeten Seite die Aufschrift „Circulins Kasino“ trug. In früherer Zeit war es ein Vergnügungsort für den feineren Teil der Vorortbewohner gewesen, aber jetzt harrt in der Schätzung des Publikums gesunken. Nun wurden in seinem großen Saale nur Wäschermädel- und Wannerbälle abgehalten, und an Sonntagen spielte dort eine Musikkapelle gegen billiges Eintrittsgeld. An der einen Seite des Gebäudes zog sich ein schmaler Garten hin, der zu den in einem Hintertraat gelegenen billigen und ziemlich zweifelhaften Passagierzimmern führte. Er war gegen die Straße durch ein starkes, hohes Holzgitter abgeschlossen.

Vor dem verschlossenen Tor dieses Gitters blieb Hugo Wahr stehen. Frau Agnes und Hella, die sich auf der gegenüberliegenden Seite der Straße im tiefsten Schatten hielten, beobachteten ihn von ferne. Wahr läutete an einem eisernen Glockenzuge in einer bestimmten Weise. Eine hellere Schelle erklang viermal hintereinander in kurzen Abzügen. Zwei riesige Doggen fuhren mit wütendem Gebell gegen das Gitter an. Dann kam jemand mit einer Blendlaterne durch den Garten. Er schien an den Einlaßbegehrenden eine Frage zu richten, auf welche dieser antwortete. Die Antwort mußte wohl zufriedenstellend gelaute haben, denn der Laternenträger beruhigte die Hunde, schloß das Tor auf und nach dem Einlaß des Gastes sofort wieder zu. Gleich darauf sah man die beiden durch den Garten gehen und im Hinterhause verschwinden.

Frau Agnes Mirbach atmete tief auf.

„Also hier wohnt er“, sagte sie erschöpft. „Ich will es mir gut merken. Allerdings kann sein Aufenthalt hier morgen schon ein Ende nehmen. Aber es ist immerhin gut, zu wissen, daß er hier gewesen ist. Im Hause nach ihm zu fragen, hätte keinen Zweck, denn man würde ihn gewiß verleugnen. Außerdem hat er sicher nicht seinen wahren Namen genannt. Wir wollen jetzt heimgehen und morgen zusehen, was Dr. Richter von dieser Sache denkt.“

Die alte Frau besorgte in einem der noch offenen Laden etwas kalte Küche und machte sich mit Hella auf den Heimweg.

Es war schon ganz finster geworden, als sie vor ihrem Hause anlangten. Als Frau Mirbach das Gittertor aufschloß, wurde in der Wohnung des Wohnhauses ein Fenster geöffnet und man rief sie beim Namen Agnes Mirbach meldete sich.

„Es ist ein Telegramm gekommen in Ihrer Abwesenheit“, rief die Frau des Kistentischlers herab. „Ich habe es für Sie übernommen. Warten Sie

ein wenig. Mein Mädchen soll es Ihnen hinab bringen.“

Frau Agnes sagte nach den Stößen des Bitters, als wollte sie sich daran festhalten.

„Ein Telegramm? Was kann das bedeuten? Ich habe niemanden, der mir telegraphieren könnte. Sollte es vielleicht Hedwig betreffen? Es ist ihr gewiß ein Unglück widerfahren.“

Das Dienstmädchen hatte die Depesche in Frau Mirbachs zitternde Hand gelegt. Hella sagte sie stützend unter dem Arm und sagte beruhigend:

„Erschrick doch nicht so, Tante! Es braucht ja doch nicht jede Drahtnachricht ein Unglück anzuzeigen. Warte doch, bis du sie gelesen hast. Hedwig ist schließlich etwas geschlafen; sonst wären Dr. Richter oder Wolf selber gekommen. Beruhige dich und laß uns rasch hinaufgehen. Schnelle Gewißheit ist das Beste.“

Frau Mirbach ermannte sich.

(Fortsetzung folgt.)

## Vermischtes.

\* **Schnellsprechübung.** In einer medizinischen Fachschrift lesen wir in einer Empfehlung der bekannten Pyramidenkugeln folgende Zergliederung bzw. wissenschaftliche Kennzeichnung dieses Mittels: Dimethylamidoxydimenthylproprazolol. Man versuche einmal dieses Wortmonstrum schnell zu sprechen; für zerbrochene Jungen wird keine Haftung übernommen.

\* **Hausverkauf gegen Kartoffeln.** Die Stadt Lüneburg schloß mit dem Landbund des Kreises Lüneburg einen Vertrag, demzufolge die Stadt dem Landbund das ihr gehörige Gasthaus zum Schließgraben für 20000 Zentner Kartoffeln verkauft. Die Stadt will die Kartoffeln der minderbemittelten Bevölkerung zu billigem Preis ablassen.

\* **Postbeamte als Privatfeuererheber.** Vier Berliner Postbeamte sind jetzt verhaftet worden, da sich herausstellte, daß sie auf eigene Faust den Verkauf machten, Ausländer zu einer Sondersteuer heranzuziehen. Wenn Ausländer Telegramme aufgaben, so berechneten sie einfach den doppelten Preis und steckten den Ueberschuß in die eigene Tasche.

## Sprechsaal.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

In unserer Kirchengemeinde macht gegenwärtig die immerhin aufsehenerregende Mitteilung die Kunde, unser Kirchenvorstand habe gegen nur eine einzige Stimme beschlossen, unsere Nikolaikirche den Katholiken für ihre Gottesdienste zu überlassen und es stehe nur noch der Beschluß der Kirchengemeindevertreterversammlung aus, um diesen Beschluß zur Tatsache werden zu lassen.

Jedenfalls ist die Nachricht in diesem Sinne unrichtig, wahrscheinlich will man den Katholiken nur eine Mitbenutzung der Kirche zugestehen. Aber auch in dieser Abschwächung ist sie aufregend und Widerspruch erregend genug.

Die katholische Kirche würde einer solchen Zumutung der Protestanten stets rückhaltlos ablehnend gegenüberstehen, und wer längere Zeit in katholischen Ländern lebte, wird bald genug wahrgenommen haben, wie ungerne sie solchem Begehre begeben. Von christlicher Liebe und Duldung ist das nichts zu spüren.

Die gegenwärtigen Bemühungen des Dr. Max von Wettin werden ein eben solches Ende nehmen, wie seine vor mehreren Jahren unternommenen Schritte; Rom wird ihn bald zum Schweigen bringen. Auch die Bestrebungen unseres früheren längst verstorbenen Superintendenten Döpf, die Protestanten und Katholiken im Glauben zu vereinen und zu versöhnen, nahmen ja ein ruhiges Ende.

Von der Verträglichkeit der Katholiken können ja unsere Grenzbenwohner ein Liedchen singen. Als sie einst vor noch nicht einem Menschenalter in Böhmisch-Zinnwald in der Wälder Wierhölle eine Versammlung abhielten, wurde ihnen mit Bierfeldern und Kästen, mit Stöcken und Knäpeln klar gemacht, daß sie in einem katholischen Lande seien, und mit blutigen Köpfen erluchte man sie, ihre Verhandlungen jenseits der nur wenige Meter entfernten Grenze fortzusetzen. Dieses unschöne, intolerante Verhalten katholischer Glaubensgenossen war ja auch der Anlaß, daß später mit Hilfe des Oustan-Adolf-Vereins, einer Landeskollekte und anderer Unterstühtungen das Kirchlein in Georgensfeld gebaut wurde.

Wären die Katholiken wirklich und überall tolerant, der Oustan-Adolf-Verein könnte heute seine Tätigkeit, die Glaubensgenossen in der Zerstreung zu unterstützen, einstellen.

Man wird nicht behaupten können, daß wir in Dippoldiswalde intolerant seien. Einem müden Erdenpilger, gleichviel welchen Glaubens, haben die Tären unseres Gottesackers stets offen gestanden, und der Klang unserer Glocken begleitet ihn auf dem letzten Wege. Anders namentlich in katholischen Ländern. Da kann es sich ereignen, daß der Leidenszug verschlossene Tore am „Leichhof“ findet, daß der Sorg über die Kirchhofsmauer mühsam gehoben werden muß und der Tote im Selbstmörderwinkel seine letzte Ruhestätte findet. Man gehe nur nach Tirol auf die Gottesacker und man wird sich von der Wahrheit überzeugen können.

Als man hier für unsere neuen Glocken sammelte, soll es vorgekommen sein, daß ein Beitrag nur unter der Bedingung zugesichert wurde, daß die Nikolaikirche dem katholischen Gottesdienste geöffnet werde. Ob dies den Tatsachen entspricht, können wir nicht untersuchen, gesagt wurde es.

Sollte es aber nicht möglich sein, das, was in Oberbärenburg einer gläubigen Katholikengemeinde gelang, eine kleine katholische Kapelle zu gründen und zu erbauen, auch hier durch kapitalträchtige Glaubensgenossen zu verwirklichen und hier ein eigenes katholisches Gotteshaus zu errichten? Dagegen wird niemand etwas einwenden; im Gegenteil, die Erbauer werden der Unterstützung sicher sein können.

Die pekuniären Verhältnisse unserer Kirchengemeinde sind nicht die glänzendsten, das weiß ein jeder, und sie werden sich noch weiter verschlechtern, wenn (was Gott verhüten möge), der Landtag beschließt, die Kirche vom Staate zu trennen. Da muß bei zellen vorgesorgt werden. Das darf aber kein Anlaß dazu sein, um des Geldes wegen die Nikolaikirche den Katholiken zu überantworten, und sei es auch nur für ihre Gottesdienste. Der zu zahlende Betrag, der dann vorher ganz genau festzusetzen wäre und verbend, angelegt werden müßte, kann uns unseres Erachtens in schwerer Zeit auch nicht retten. Sollte er aber wirklich so hoch sein, dann könnte, nein dann würde die katholische Gemeinde ihr eigenes Gotteshaus bauen.

Zunächst aber glauben wir nicht, daß die Kirchengemeindevertreter den Beschluß des Kirchenvorstandes gut heißen werden, ihn vielmehr rundweg ablehnen. Mögen alle wohl bedenken, daß mit Ueberlassung der Kirche zu katholischen Gottesdiensten ein Zankapfel, ein Stein des Anstoßes und Aergernisses in die Kirchengemeinde geschleudert wird, den später wieder zu beseitigen sehr schwer halten dürfte.

Der Antrag ist aber so wichtig und so einschneidend für unsere ganze Kirchengemeinde — man denke nur an die Folgen, falls eine neuerliche Weihe der Kirche vorgenommen wird —, daß unbedingt die Kirchengemeindeversammlung das letzte Wort zu sprechen hat, daß ein endgültiger Beschluß nicht herbeigeführt wird, bis in dieser nicht die Meinung aller Glieder der Kirchfahrt zum Ausdruck gekommen ist.

†††  
Gemeindeverbands-Spar- und Girokassa Bödenborf  
expediert Sonntag 15. Oktober 1/23—6 Uhr.

Gemeindeverbands-Sparkasse Seifersdorf  
expediert Sonntag den 15. Oktober 1—4 Uhr.

Programme, Eintrittskarten usw. druckt Carl Jehne.

Tuch und Leder, Mützen und Pelze aus Schmoschen und vom Fuchs, Frauen nur geringe Stoffe tragen. Zu Schürzen ist Taffet nachgelassen. Untersagt sind Sammet, Seide, Damaschk, Atlas, Tobin, Tobinsammet, Zöpfe mit Rosen, Pauschelhauben, große Zöpfe, Schleier, Gürtel, Gebenke, Schnürketten, Hefte, Knöpfe, Hals- und Armschmuck, Spitzen und Posamenten von edlen Metallen, gemeine geklöppelte Spitzen nicht über 2 Groschen sind erlaubt, versilberte oder vergoldete Kränze verboten, Blumenberge gestattet. Knechte und Mägde sollen sich in Perpetuan, Vierdraht, gemeines Tuch und Leder kleiden. Verboten sind weickärmeliche Kittel, „große, klare Schürzen“ und gesteppte Schuhe. Zur Aufrechterhaltung solcher Kleiderordnungen predigte, ermahnte, strafte man mit hohen Geldbußen, gewöhnlich vergebens. Eine Zeitlang blieben sie in Kraft, dann verwißte sie die Mode und die Zeit. — Jakob Zeller von Uberndorf hat sich am 9. November 1661 in einem Weißeritzsumpf ertränkt und wurde ohne Leichenpredigt beerdigt.

Der Sohn des Schulmeisters Peter Köhler in Dippoldiswalde, Christian Köhler, lernt als Zinngießer 1662—1666 bei Jonas Morgenstern in Pirna, wird 1674 Meister hier, heiratet im selben Jahr Rosina Keilpflug, Tochter eines Weißgerbers, wird bis 1711 erwähnt. Die Sammlung des Vereins für Geschichte in Chemnitz bewahrt von ihm einen Zinnbecher mit dem Zeichen der Maurer, bezeichnet 1688. — Bei Anwesenheit Johann Georg II. am 15. März 1662 bestätigt derselbe die Vorrechte der Stadt, unter denen sich auch das Recht der Niederjagd, auf Bartholomäi bis Fastnacht Füchse, Hasen, Wildhühner mit Neßen frei zu jagen und zu hegen, befindet. — Der Kornpreis steigt für beste Ware auf 3 Gld. 10 Gr., für geringe auf 3 Gld. 5 Gr. — Am 9. Juni 1662 bewilligen 15 Städte 25 bis 300 Gulden, Dippoldiswalde 30 Gulden, Tharandt 25 Gulden zur Hochzeit der Prinzessin Sophie. — Die besten Schützen werden am 20. Oktober zu dem am 22. Oktober in Dresden zu Ehren des Bräutigams Christian Ernst von Baireuth und seiner Hochzeit mit der Prinzessin Sophie stattfindenden Büchsen- und Armbrustschießen befohlen, welches bis zum 25. Oktober andauert. — Der Rat gibt Genehmigung zur Aufnahme von 50 Gulden für den Weißgerber Sigmund Keilpflug. — Mit dem Türkenkriege setzte im Juli eine Teuerung ein, die sich im folgenden Jahre fortsetzte, wobei das Korn von 48 Groschen auf 4 Gulden stieg.

Georg Preshch, Bürger und Fleischhauer, tut am 7. April 1663 vor dem Rate kund, daß ihm laut Einschreibebuch für Fleischlieferungen an den Hof nach Hofpreis 321 Gulden 14 Groschen im Rest sind, welche er zum Kirchenbau stiftet, wenn der Rat die Einmahnung übernehmen wolle. — Johann Georg II. weist am 1. Mai 12 Städte, darunter Dippoldiswalde, abermals dringlich an die Eisenkammer von Pirna, da, nachdem die Eisenbergwerke bei Berggießhübel wieder in Angriff genommen sind, es nicht mehr nötig ist, fremdes Eisen zu beziehen. — Die Teuerung seit dem Vorjahre endete im August mit den früheren Preisen. — Am 2. Oktober 1663 wenden sich Pfarrer, Rat und Kirchenvorsteher an den Kurfürsten wegen obiger Forderung des Georg Preshch und bitten, den Hofmeßger bzw. dessen Witwe zur Rechnungslegung veranlassen zu wollen und dafür zu sorgen, daß die Schuldsomme nach und nach aus den Amts-

einkünften getilgt werde. — Die abermalige Errichtung der Landesdefension wird am 25. Oktober verfügt und 6 Fahnen gelangen zur Aufstellung. Amt und Stadt Dippoldiswalde stellten eine Kompanie zu 193 Mann auf, zu welcher Dippoldiswalde allein 75 Mann zu entsenden hatte.

Als am 17. Februar 1664, einem Fast-, Buß- und Betttage wegen der Türkengefahr, abermals Feuerlärm erscholl, brannte es in dem vormals Leineweber Giebelschen Hause am heutigen Pfortenberge, von wo es sich nach dem Vorwerke, Obertor und nach der Schmiedegasse verbreitete und innerhalb der Ringmauer bis zum Topfmarkte am Pfortenberge zurückkehrte. 39 Bürgerhäuser, das kurfürstliche Stallgebäude und das Vorwerk, zusammen 46 Gebäude, wurden ein Raub der Flammen, 33 Hausbesitzer und viele Mietbewohner obdachlos. Unter den vernichteten Häusern waren viele vom Brande von 1657 erst neu errichtet. Einige Knaben im Stalle des Schuhmachers Hans Elster hatten das Feuer verursacht, als sie einem Ziegenbock den Bart verbrennen wollten. 1664 ließ die Stadt Defensioner gegen Werbegeld annehmen, kaufte Lunten und Pulver zum Defensionswerk, auch wurde Musterung und Vorstellung laut Rechnung aus dem Jahre gehalten. — Nach dem Tode Amtschösser Hanißschs war zum Anzuge des neuen Schössers das Ansuchen an den Rat gerichtet worden, wie die Amtsdorfschaften Wagen zu stellen oder den 3. Teil der Kosten beizutragen. Rat und Bürgerschaft weigerten sich dessen und wiesen darauf hin, daß sie seit 300 Jahren mit Vorrechten versehen und dem Amte nicht „bloßer Dinge, sondern mediate unterthan“, auch von allen Diensten, Frohnen, Hufengeldern, Jagden, Jagd-, Bau-, Land- und Zechfuhren gänzlich befreit seien. — Am 1. März weisen Joh. Georg v. Osterhausen, Amtshauptmann von Dippoldiswalde, Grüllenburg und Altenberg, auf Lockwitz gefessen, und Michael Leiffert, Amtmann zu Dresden, im wiederhergestellten Tafelsaale des Schlosses in Gegenwart der Amts- und Forstbeamten an Stelle Jakob Hanißschens den vormaligen Amtschreiber zu Stolpen, Caspar Kotte, zum Amtmann von Dippoldiswalde ein und nehmen Inventur vor. — Am 15. Mai hatte die Stadt 7 Gebett Betten aufs Schloß abzuliefern, denn am 17. Mai langte der Kurfürst mit Gefolge auf dem Schlosse hier an. Er erklärte bei seiner Anwesenheit, etwas beisteuern zu wollen, daß die Kirche wieder unter Dach gebracht werde, d. h. daß sie statt des Schindel- mit einem Ziegeldache versehen werden könne. Die durch den Brand geschädigten 33 Hausbesitzer bitteten am 22. August Pfarrer und Rat, die zu Dresden und Pirna einkommenden kirchlichen Sammelgelder gleichmäßig unter sie zu verteilen und außerdem eine Hausammlung in der Stadt vornehmen zu lassen. — Am 1. November 1664 weist der Rat auf sein Verbotungsrecht hinsichtlich fremden Bieres hin und fordert, daß er auch bezüglich des unberechtigten Salzschankes in seiner alten Berechtigung „gegen die Verbrecher mit Ausfällen und Wegnehmen“ vorzugehen geschickt werden möge. — Der 15. Oktober 1664 war zu einem Dankfest zur Beendigung des Türkenskrieges bestimmt. — Zwei Kinder David Dönnickers werden am 22. und 27. November 1664 „vor den 21 Ständen“ in der Stadtkirche innerhalb eines neugebauten

goffes  
nach  
Woh  
tembe  
holzfo  
bis 3  
Künst  
Die 9  
besser  
der d  
Amts  
und 2  
2 Pf.  
aus 3  
Kaiser  
haupt  
er sich  
mähle  
Verbi  
tetem  
erhob,  
Kurfü  
zeit ja  
Kirche  
für ni  
1672 u  
conjug  
legenb  
gesche  
vom 2  
scherer  
lade. —  
M. S  
höhe g  
Gottes  
grube,  
George  
zum E  
grube  
deberg  
werksd  
U  
Richter  
Mann  
gerade  
Weil t  
zu Dipp  
walde  
um ein



Gewölbes beigelegt. 1664 veröffentlichte der Rat auch eine gedruckte Feuerordnung.

Am 24. Februar 1665 richteten Pfarrer und Rat an Hanitzschens Erben die Bitte, die der Kirchen- und Armenkasse zu gleichen Teilen laut Testament vermachten 100 Taler, welche stiftungsgemäß  $\frac{1}{4}$  Jahr nach Erblassers Tode ausgezahlt werden sollen, nunmehr abzuführen. Zu Jakobi sollen milde Gaben an Stadtfarme zur Auszahlung gelangen. Desgleichen ersuchen sie um Rückgabe der 7000 Stück Dachziegel, welche dem Verstorbenen 1638 zum Schloßbau aus dem Kirchenvorrat geliehen worden sind. — Auf den 11. September werden wieder Betten von der Bürgerschaft aufs Schloß erfordert, da der Kurfürst zum Jagdlager hier erscheinen wird. — Etwa am 12. September 1665 wird das Obertor gehoben und am 4. November das Obertorhaus mit Latten und Brettern verschlagen, aber erst im folgenden Jahre vollendet. — Im Oktober wurde die Schmiedegasse und ein Raum in der Nähe des unteren Brauhauses gepflastert, der Pfostensteg ausgebessert und der hölzerne Steg bei der Ratsmühle wieder errichtet. — Pfarrer, Rat und Eingepfarrte geben am 5. November zu erkennen, daß sie bemüht sind, die Musica in der Kirche zu heben, damit bei kurfürstlichen Kirchgängen damit aufgewartet werden könne. Da die Stadt niemals Stadtpfeifer, d. h. eine Musikbande, gehabt, bitten sie durch den Schöffer, die Musikkundigen im Amte zu den Kirchenmusiken anzuweisen, daß sie nicht nur „mit Schandliedern fromme Herzen ärgern“. — Dieselben ersuchen auch am 21. Dezember 1665 unter Hinweis auf die 1664 gegebene Zusage des Kurfürsten, die Tranksteuer von 5 Gebräuden Bier zu erlassen, damit die Kirche mit Ziegeln gedeckt werden könne und nicht mehr für das Schloß eine Gefahr bilde. — Bergmännische Belehnung erfuhr durch das Bergamt Glashütte Einsiedel Schurf Fundgrube in der Heide.

Vom September 1665 bis Anfang Mai 1666 läßt man die Steinbornleitung behufs Erneuerung aufgraben, wofür 41 Gulden 11 Gr. 10 Pf. ausgegeben werden. — Auf der Wassergasse mußte während des Winters der offene Wasserlauf, „das Floß“ „geeißt“ werden. — Vom Juni 1665 bis April 1666 verbaute man in des Rats- und Walkmühle samt Mauern, Gräben, Wasserrädern, Steinen, Defen, Hammerwerk und Walkmühle 31 Gld. 14 Gr. 9 Pf., desgleichen eine unbedeutende Summe in des Rats Ziegelscheune. — Das Kirchendach, zu welchem im Mai die Hölzer am Kohlberge und in der Heide angewiesen waren, kam endlich unter Ziegeldach, ebenso das Rathhaus. Das alte Uhrwerk von der Kirche ward auf dem Rathhause eingebaut. — Aus den Händen des Kurfürsten geht das Vorwerk Nicolai als Eigentum in die Hände des bisherigen Pächters David Dönnicker oder Thönicker über. — Am 10. August bestätigt Johann Georg II. unter Beziehung auf die 1595 am 27. März gegebenen Innungsbriefe die neuen 37 Zunftsätze der Lohgerber. Es ist darin vorgeschrieben, den Bürgern die Felle zu billigerem Preise zu gerben und Beschädigungen der Häute zu entschädigen. — Der Rat erteilt überhaupt den Lohgerbern, Zimmerleuten, Posamentieren, Töpfern, Bäckern, Wagnern, Schneidern, Schlossern, Uhr- und Büchsenmachern, Fleischern, Böttchern und Glasern neue Innungsordnungen 1666. — Das Lehngut Hennersdorf des Oberhofmarschalls von der Taube wird aus einem Mannlehn in ein freies

gegenüber

Die

besteht

§ 3 des

Grundst

1. G

sächsische

der Bez

2. öf

3. öf

Die

teten w

nutzung

20. Okt

Grundste

erklärun

hörde be

Steuerer

zuge sand

Für

oder el

erklärun

elterliche

steuerpfl

Vertrete

Wer

Grundste

Bevollm

der Steu

Akten d

Die

lässig, ge

erklärun

Schreibeb

Wer

erklärun

zur Abg

kann ihr

setzen S

Wer

vorständig

richtende

ziehung

frage de

strafe ka

steuergef

Vertrete

Steuerpf

wird we

die im H

hinterzieh

steuergef

ordnung)

Dippe

Dippe

Instrumen

begleiten

Allodial- und Erbgut verwandelt. Nach dem Tode desselben gelangt Reichstädt 1666 an dessen Tochter Frau von Kremzdorf.

Am 2. Mai 1667 bestätigt Johann Georg II. den Fleischern ihre Zunftgesetze. Der Bewerber um die Meisterschaft soll einen Ochsen schätzen, wobei den Meistersöhnen 40, den übrigen nur 20 Pfund Fehlschätzung straffrei bleiben. Bei der Schlachtung ist der Darm unverfehrt von der Leber abzulösen. Ferner ist ein Schwein zu schlachten und der Darm unverfehrt umzukehren. Meistersöhne und -schwiegereöhne sind vom Schweinschlachten befreit. Ein Meister hält, vom Los bestimmt, nach altem Brauch an Jahrmärkten auf freiem Markte die Garküche. Die zwei Vormeister werden vom Räte vereidet. Die Fleischer sollen auf gute Ware halten und zur Schätzung solche nach den Bänken bringen und dort feilhalten, früh 6—7, mittags 12—1 Uhr. Verboten ist es, wandelbares Vieh zu schlachten, daher müssen die Vormeister das Vieh erst beschauen. Von fremden Orten hergeführte Schafe müssen, wenn länger als 14 Tage hier am Orte, auch hier geschlachtet werden. Das Schlachten erfolgt nach der Reihe. Der Fleischer hat beim Verkauf auf gutes Gewicht zu halten. Vier Bürger dürfen zusammen 1 Rind oder 2 Schweine für sich schlachten und teilen. Die Schlachtungen bei Hochzeiten und anderen Festen, auf Dörfern und in der Stadt darf nur ein zünftiger Fleischer bewirken. Zu Zunftversammlungen sollen die Meister ohne Waffe erscheinen. — Am 13. Juli erhalten die Zunftsäße der Huf- und Waffenschmiede ihre Genehmigung seitens der Regierung. — Am 23. Juli waren Geräte, Tische, Stühle, Teller, Schüsseln aufs Schloß abzuliefern, da der Landesherr zur Hirschfeist erwartet wurde. — Laut öffentlichen Anschlages war eine Salzniederlage beim Amte errichtet worden und für die Aemter Dippoldiswalde, Altenberg und Frauenstein ward am 31. August 1667 dem Adel, Städten und Untertanen anbefohlen, das Salz nirgends, als bei der Amtsniederlage und aus „des Rahts Salz Cassa alhier zu Dippoldiswalde“ zu holen. Preis bei beiden 1 Scheffel 2 Tlr. 4 Gr., Viertel 13 Gr., Meße 3 Gr. 3 Pf., Maßchen 10 Pf., halbes Maßchen 5 Pf. Zollbereiter, Amtstronen und andere wurden zur Unterdrückung des Unterschliefes aufgeboten. Am 15. und 16. Oktober erhoben die Gemeinden Hirschbach und Großölsa Widerspruch, ersteres Dorf, weil es niemals vorher nach Dippoldiswalde gezwungen gewesen sei, letzteres, weil es sein Salz selbst aus Halle geholt habe. Im Amtsgerichtstag am 28. November 1667 weist die Stadt auf ihr Salzmarktrecht und die bisherige Unterstützung durch das Amt hin. (Vergl. 1645.) Den Dorfschaften wird der Rechtsbeweis in sächsischer Frist aufgegeben, die sie jedoch verstreichen ließen. Amtschösser Kotte und der „Faktor der Hauptsalzkasse“, Martin Christoph Lehmann, geben dem Räte das ausdrückliche Versprechen, daß durch Errichtung der Amtsniederlage der Stadt kein Schaden geschehen solle. Das städtische Salzmarktrecht war und blieb aber durchbrochen. Während unter Hanitzsch ein auf gegenseitiger Achtung der Rechte beruhendes Verhältnis bestanden hatte, kann man das Jahr 1667 als den Beginn der Spannung zwischen Amt und Stadt bezeichnen. — Bezüglich des Bierzwanges bestreitet die Stadt den Dorfschaften das Recht, zu Hochzeiten fremdes Bier einlegen zu dürfen. Die Stadt nehme gute Zutaten zum Biere und die Dorfschaften

müßten  
22. Ok  
werk  
Gesetze  
sprech  
gung  
höhen.  
gesetze  
loren  
Bestät  
da es  
auch d  
sie nic  
A  
Salzka  
meind  
habe  
auch z  
von D  
eine K  
von d  
den K  
Dorffc  
Bier-  
schaffe  
jedoch  
wirkli  
Bier e  
des B  
bezügl  
liefer  
spricht  
da die  
treten  
tembe  
Jungb  
Dippo  
gestell  
50 de  
walde  
Am 3  
zwar  
nannt  
Wege  
belegu  
beim  
D  
am 6.  
der D

müßten unter allen Umständen dem Bierzwange folgen. — Am 22. Oktober 1667 hatten die Lohgerber dem Thomas Neukirch das Handwerk gesperrt, weil er seinem gewesenen Lehrknecht Caspar die nach den Gesetzen ihrer Zunft zu erlegende Gebühr für den Meister bei der Losprechung erlassen hatte. Der Schöffler soll zwischen den Parteien Einigung herbeiführen und verbieten, bei Uebertretungen die Strafen zu erhöhen. — Die auf Grund der Briefe von 1629 wiederhergestellten Zunftgesetze der Schuster, welche ihnen durch die letzten großen Brände verloren gegangen waren, empfangen am 3. Dezember 1667 kurfürstliche Bestätigung. — Das Defensionswesen wurde im selben Jahre aufgegeben, da es sich schon im 30jährigen Kriege nicht bewährt hatte. Damit verfiel auch die Defensionerkompanie von Dippoldiswalde der Auflösung, soweit sie nicht schon aufgelöst war.

Auch Paulsdorf und Seifersdorf behaupten am 7. Januar 1668, vom Salzkauf befreit zu sein. — Georg Ihon, Landrichter, und die ganze Gemeinde Ruppendorf erklären am 24. Juli 1668, Bürgermeister Nitzsche habe gesagt, er werde die von Ruppendorf nicht bloß zu gutem, sondern auch zu saurem Biere zwingen. Wenn er, der Richter, aber bloß Bier von Dippoldiswalde verschänken dürfe, so werde ihm die Gemeinde nicht eine Kanne abkaufen. Auch wollten die Bürger sie zwingen, das Festbier von dort zu nehmen. Es werde kein Gast mehr einkehren. Sie bitten den Kurfürsten um Abhilfe. — Am 12. September beschwerten sich die Dorfschaften, daß das Bier oft zu jung und sauer sei, und bitten, mit Bier- und Salzkauf nicht belästigt zu werden. Doch werden alle Dorfschaften in beiden Dingen am 16. September an Dippoldiswalde gewiesen, jedoch soll Ruppendorf nachgelassen werden, wenn Dippoldiswalder Bier wirklich unfüchtig sei, mit Genehmigung des Bürgermeisters anderes Bier einzulegen. Hirschbach und Frauendorf sollen die Berechtigung, fremdes Bier einzulegen, erst beweisen. — Glashütte beruft sich am 15. Oktober bezüglich seines Rechtes, Hirschbach und Oberfrauendorf mit Bier zu beliefern, auf den Befehl vom 3. April 1583. — Am 28. Oktober widerspricht die Gemeinde Ruppendorf dem Abkommen vom 16. September, da die damals erschienenen Abgesandten eine ganze Gemeinde nicht vertreten könnten. — Dem Oberamtmanne zu Dresden wird am 22. September 1668 mitgeteilt, daß der „Inquisitionsproceßus“ gegen Moritz Junghans, welcher bei Abwesenheit des Amtschöfflers vom Schlosse zu Dippoldiswalde dessen „Kinder und ihren Präceptor“ verprügelt hat, eingestellt werden soll, wenn er 100 Taler, 50 der Kirche zu Jonspach und 50 der zu Dippoldiswalde, zahlen wird. Die Kirchväter von Dippoldiswalde haben schon um das Geld zum Kirchendachbau nachgesucht. — Am 31. Oktober wurde zum ersten Male das Reformationsfest, und zwar als halber Feiertag, begangen. — Unter den im Kirchenbuche genannten Verstorbenen befindet sich einer, der verunglückte, weil er vom Wege abgekommen war. — 1668 erhielt die Stadt ständige Militärbelegung durch die kurfürstlich sächsischen Dragoner und die Leibkompanie beim Kamischen Regiment zu Roß.

Den Amtleuten, Schöfflern, Räten in Städten, Schultheißen werden am 6. März 1669 strenge Maßregeln gegen die Floßholzdiebereien auf der Weißeritz eingeschärft. — Gerade entgegengesetzt seiner 1667 ge-

gebenen Zusicherung, daß mit der Errichtung des Amtsalzschankes dem zu Dippoldiswalde bereits gegen zweieinhalb Jahrhunderte ausgeübten Rechte kein Schaden geschehen solle, schreibt am 15. März 1669 Martin Christoph Lehmann, „Faktor der Haupt-Salz-Casse“, dem Kurfürsten, es stehe zu befürchten, daß die Amtsunfertanen nun das Salz anderswo erhandeln würden. Dippoldiswalde habe kein Recht, die Dorfschaften zum Salzkauf zu zwingen. Die Hauptkasse werde den Schaden davon haben. Seit 20 Jahren sei aus den Rechnungen zu erweisen, daß die Dorfschaften von der Hauptkasse das Salz erholt hätten. — Demgegenüber legt der Rat in 10 Punkten seine Gerechtfame bezüglich des Bierzwanges und des Salzschankes dar, widerlegt die Bedenken Lehmanns und ersucht, den Schied vom 16. September 1668 zur Vollstreckung gelangen zu lassen. — Am 18. Juni starb plötzlich im Gasthof vor dem Obertor, im Roten Hirsch, die als Reisende angekommene Katharina Wildelau. An ihren Tod knüpften sich grundlose Pestbefürchtungen. — August Wiegener zu Dresden meldet, daß er, da er sich seinerzeit in dem herumgegangenen Sammelbuch zum Besten der Kirche nicht habe einzeichnen können, nunmehr von seinen Ersparnissen einen Kelch gekauft hat, den er der Kirche zum Gebrauche übereignet. Es war dies jener Kelch spätgotischer Arbeit, der, vermutlich aus einer Kriegsbeute erkaufte, noch bei der Kirche vorhanden ist, einen sechsblättrigen Fuß und die Bezeichnung „ihvs“ aufweist. — 1669 erkaufte der Rat nach den wiederholten Bränden eine Feuerspritze mit 36 Ellen Strahlhöhe zum Preise von 75 Tlr. 5 Gr. 4 Pf. von dem hierzu bewilligten Jahrmarktsstättegelde. — Im Oktober reiste Johann Georg II. über Dippoldiswalde zu Jagden ins Gebirge, von denen er nach einigen Tagen durch die Stadt nach Dresden zurückkehrte.

Die Kirchenväter von Dippoldiswalde bitten am 15. Januar 1670 die Regierung um Genehmigung eines Sammelgesuches zum Kirchturmbau und gleichzeitige Empfehlung bei den freien Städten Hamburg, Lübeck und Danzig, sowie Breslau. — Johann George von Osterhausen, Kammerherr und Hauptmann der Aemter Dippoldiswalde, Altenberg und Tharandt, Caspar Kotte, Amtmann zu Dippoldiswalde, Beauftragte, scheiden am 23. März 1670 wie folgt: Die Dorfschaften sind verbunden, alles zum Schank, zu Hochzeiten, Kindtaufen, Gesellbieren und dergleichen benötigte Bier nirgendanders als zu Dippoldiswalde zu entnehmen. Seifersdorf darf 2 $\frac{1}{2}$ , Großöllsa 2 Faß fremdes Bier, jedesmal Sonntag nach Bartholomäi auszutrinken, einführen, jedoch nicht ums Geld verzapfen, der Krehshmar zu Hirschbach 48 Scheffel Malz zum Schanke, aber nicht zum Ausladen, verbrauen und ist im übrigen an die Stadt verwiesen. Der Rat verspricht gut Bier zu brauen, sollte dies nicht Kaufmannsgut sein, so sollen die Dorfschaften mit Erlaubnis des regierenden Bürgermeisters, oder, wenn dessen Urteil versage, das Amt verstaten, andern Ortes Bier sich zu erholen. Des Salzes halber werden die Dorfschaften ohne Ausnahme an des Rats Salzkasse verwiesen. Adelige Dorfschaften: Der Schenke zu Lungkwitz hat von Petri Pauli bis Fastnacht Pirnaisch Bier, in der übrigen Zeit Dippoldiswalder Bier zu holen. Hermsdorf am Wilisch muß Bier stets von Dippoldiswalde entnehmen. — Im Hohlen Wege kam bei Anna Strehlin am 22. Mai 1670, dem Pfingstsonntag, mittags  $\frac{3}{4}$  1 Uhr, Feuer aus. Alles eilte aus dem Mittags-

gottesdienst nach der Brandstätte. Infolge Wassermangels gelang es erst nach zwei Stunden, das Feuer zu dämpfen, nachdem drei wohlgebaute Wohnhäuser und eine Scheune verzehrt worden waren. — Am 23. September wird der 1657 beschaffte Altar der Stadtkirche, der bisher nur holzfarbig gewesen, abgebrochen und vom Maler Dürrmehl aus Dresden bis zum 10. November alabasterweiß gemalt, während welcher Zeit der Künstler für 8 Tlr. in Amtschreiber Philipp Leuterts Kost gestanden. Die Altartafel war in derselben Zeit vom Tischler Grundmann ausgebessert und verpackt an den Hofmaler Finke in Dresden gesandt worden, der den Gekreuzigten darauf malte. Das Bild war eine Stiftung des Amtshauptmanns Bartholomäus de Sorlyssi zu Schmiedeberg. Stifter und Maler gelten beide als Günstlinge Johann Georg II. 131 Tlr. 6 Gr. 2 Pf. betrug die Kosten ohne die Stiftung. De Sorlyssi war ein Kastrat aus Italien. Durch die Gunst des Kurfürsten bewogen, wurde er vom Kaiser geadelt, kaufte 1665 das Rittergut Schmiedeberg, ward Amtshauptmann von Dippoldiswalde und Kammerherr. Als Eunuch gedachte er sich mit Jungfrau Dorothea Elisabeth Lichtwer aus Dresden zu vermählen. Dr. Weller und das Ministerium wollten diese „unnatürliche Verbindung“ nicht erlauben. Die Angelegenheit beschäftigte unter erdichtetem Namen das Leipziger Konsistorium, welches keinen Widerspruch erhob, weshalb Pfarrer Kuhn von Sadisdorf auf Sondererlaubnis des Kurfürsten Johann Georg II. die Trauung vollzog, wofür ihm auf Lebenszeit jährlich 2 Schragen Holz zugebilligt wurden. Vergeblich suchte der Kirchenrat beim Kurfürsten an, die Verbindung aufzuheben und die Ehe für nichtig zu erklären. De Sorlyssi, der Wohltäter Schmiedebergs, starb 1672 und wurde in Osseg begraben. 1685 erschien eine Schrift „Eunuchi conjugium a Delphino“ (Die Kapaunerheirat), welche die ganze Angelegenheit behandelte. — Das Lesepult der Kirche hatte Amtschreiber Leutert geschenkt. Es war grün gestrichen und verguldet. — Nach Mitteilungen vom 25. November 1670 halten die Dippoldiswalder Tuchmacher, Tuchscherer und Scherenschleifer mit 18 anderen Orten zur Dresdner Kreislade. — Am 26. November wurden Altar und Lesepult mit Amtspredigt M. Steinmeh' geweiht. — Eine zweite Feuerspritze mit 40 Ellen Strahlhöhe gelangte auf Ratskosten für 40 Taler zur Anschaffung. — Hilfe Gottes Fundgrube, Segen Gottes Fundgrube, Neue Gottesgabe Fundgrube, Auferstehung Christi Fundgrube, Beschert Glück Fundgrube, St. Georgen Fundgrube samt tiefen Erbftolln zu Sadisdorf, welche 1668 ganz zum Erliegen gekommen waren, wurden 1670 unter dem Namen Kupfergrube vom Bergmeister Prüffel und dem Geschworenen Köhler zu Schmiedeberg, gebürtig von Dippoldiswalde, wieder aufgenommen und einer Gewerkschaft überlassen, die einen flotten Betrieb begann.

Am 20. Februar 1671 ward morgens die Frau des Hennersdorfer Richters mit einer tödlichen Kopfwunde aufgefunden. Als jähzorniger Mann kam der Richter selbst in Verdacht. Haus und Hof desselben lag gerade auf der Grenze des Dippoldiswalder und Frauensteiner Amtes. Weil das Weib auf der hiesigen Seite gelegen, ward die Untersuchung zu Dippoldiswalde geführt. — Amtshauptmann v. Schönberg zu Dippoldiswalde wird in Kenntnis gesetzt, daß Oswald Nischke zu Dippoldiswalde um einen Apothekenzwang auf seine Apotheke auf 2 Meilen im Umkreis

nachgesucht hat. Da die Krämer des Ortes sich dagegen rührten, unterblieb die Sache. — Seit 1632 war die Katechismusunterredung für Knaben und Mädchen nach dem Gottesdienst unterblieben. Nach der Kirchenvisitation 1671 wurde am 25. Juni die Unterweisung wieder eingeführt. — Ein Bürger, der sich mit seiner Magd vergangen hatte, wurde zu Gefängnis verurteilt. Der Kirchenvorstand bat um Umwandlung in Geldstrafe, welche dem Turmbau zugewendet werden sollte.

Der 3. Januar 1672 brachte den Bäckern neue polizeiliche Bestimmungen. (Vergl. Handwerke.) — Den 4. März mußten der Pfarrer mit seinem Diakon, Schulbediente, Kirchen-, Hospital- und Armenkassen-vorsteher, Glöckner zur Kirchenvisitation vor dem Oberkonsistorium und die Abordnung der Geistlichen mit der Konkordienformel, Handbibel und ihren Predigtausarbeitungen, mindestens auf  $\frac{1}{2}$  Jahr, ingleichen den Registern vom Kirchspiel in Dresden zur Visitation erscheinen. — Am 4. April, dem Gründonnerstag, vormittags 9 Uhr, entstand während des Gottesdienstes eine Unruhe. Man drängte nach den Türen, doch blieb der Pfarrer auf der Kanzel. Caspar Theodors Witwe zu Heselich (Oberhäslich) war in ihrer Haustüre tot aufgefunden worden und ihr jammernder Sohn, der die Meldung überbrachte, war die Ursache der Störung. — Der Rofen Mühle wegen (Talsperrengelände), welche seit dem 30jährigen Kriege wüste gelegen, wird am 6. April ein Pachtkontrakt aufgestellt, nachdem der Kurfürst die Mühle zum Vorwerk Dippoldiswalde erkauft hat. Caspar Kotte, Amtmann, setzt darin am 6. April fest, daß Michael Siegel von Freiberg dieselbe Mühle mit 2 Mahlgängen samt Garten, Acker, Wiese und Trift die ersten beiden Jahre zu 18 Groschen, die nächsten 4 Jahre zu 1 Gulden die Woche in Pacht empfängt, die Gezeuge im Bau zu erhalten hat, wozu ihm das Holz geliefert werden soll. — Am 7. April, dem Ostertage, brannten in Ulberndorf Christoph Klügels Hof, Scheune und Mühle nieder. Die Müllerin und 20 Rinder kamen um. — Christian Sommer von Wiesenburg, welcher im Rittergut Hennersdorf einen Diebstahl begangen und hier längere Zeit gefangen gehalten worden war, erhielt am 7. Mai 1672 durch den Henker den Staupenschlag und ward des Landes verwiesen. — An der Leipziger Michaelismesse sind die Bittschriften an die freien Städte zu Beiträgen für den Kirchturmbau an Kaufleute zur Uebermittlung an die betreffenden Räte übergeben worden. — An den Rat von Dippoldiswalde erging am 3. Oktober 1672 ein Befehl, zur Aufnahme und Bewirtung des Markgrafen Christian Ernst von Brandenburg auf dem Schlosse Freudenstein in Freiberg 6 Gebett, 7 Tischtücher, 7 Handquehlen und 18 zinnerne Leuchter leihweise abzuliefern. Der Rat konnte aber nur 3 Gebett, 4 Tischtücher, 4 Handquehlen und 8 zinnerne Leuchter aufbringen. — Bei Anlegung neuer gewölbter Gräfte in der Stadtkirche im Monat Dezember wurden die Ueberreste des letzten katholischen Plebans, der 1535 gestorben, ausgegraben, einige Stücke gelbseidenes Zeug, anscheinend von einem Meshgewand, Leder von Schuhen und Gebeine gefunden und wieder verscharrt. — 1665—1672 sind durch Geschenke und auswärtige Kirchensammlungen 811 Gulden, darunter von den 327 Gulden des Fleischers Preßsch in Dippoldiswalde 217 Gulden, zur Auszahlung für den Kirchendach- und Turmbau, der bis dahin 841 Gulden Kosten verursacht hat, zur Auszahlung gelangt. Von Pfarrer Steinmeyer